

#Sozialer #Fortschritt

Magazin der SPD-Fraktion im Landtag NRW

1/2022

Weil
besser
möglich
ist.

**Schaffen wir Innovation
im ganzen Land**

Ein Kommentar von André Stinka

Weil besser möglich ist
Ein Appell
von Thomas Kutschaty

**Wohnen in NRW –
die rote Linie
ist überschritten**



Liebe Leserin, lieber Leser,

fünf Jahre sind eine lange Zeit. Vor allem, wenn man sie auf der Oppositionsbank verbringen muss. Man hat dafür ja kein Programm oder gar einen Oppositionsvertrag, den man im Laufe der Legislaturperiode abarbeiten kann. Nein, Oppositionszeit ist in erster Linie Findungs- und Aufarbeitungsphase. Schließlich hat man die Wahl ja nicht gewonnen. Da muss sich vieles neu sortieren, und auch die Fraktion muss sich erst wieder neu orientieren.

Zur Wahrheit gehört dabei auch: Wir sind von der Wahlniederlage 2017 überrascht worden. Wir waren davon überzeugt, auf dem richtigen Kurs zu sein, die Weichen gut gestellt zu haben. Doch die damalige Opposition aus CDU und FDP hat es geschafft, mit einer beispiellosen Negativ-Kampagne eine Stimmung im Land zu erzeugen, die mit der Realität wenig zu tun hatte, aber am Ende gegen uns war. Ob das alles so korrekt und gerechtfertigt war, ist vergossene Milch. Die Wählerinnen und Wähler entscheiden und sie haben entschieden.

Ja, davon mussten wir uns erst einmal erholen. Und wir haben uns dafür die Zeit genommen, die wir brauchten. Haben uns hinterfragt, haben mit uns gerungen und haben uns personell neu aufgestellt. Nach einer Niederlage aufzustehen, ist schwieriger, als liegen zu bleiben. Ein Jahr nach der verlorenen Wahl waren wir wieder vollständig auf dem Platz. Und haben uns umgehend an die inhaltliche Arbeit gemacht. Für uns war klar: Wir wollten immer eine konstruk-

tive Opposition sein. Mit eigenen Konzepten und Ideen, wie wir unser Land nach vorne bringen können.

Dabei mussten wir uns nicht neu erfinden. Wir sind ja nicht für unsere Überzeugungen abgewählt worden. Vielleicht wollten wir das eine oder andere zu schnell. Vielleicht wollten wir auch zu viel. Aber das, was wir wollten, war richtig und bleibt auch richtig.

Es ist und bleibt richtig, kein Kind zurücklassen zu wollen.

Es ist uns bleibt richtig, dass Bildungserfolg nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf.

Es ist und bleibt richtig, dass Mieterinnen und Mieter unseren Schutz brauchen, um sich eine bezahlbare Wohnung leisten zu können.

Es ist und bleibt richtig, dass gute Arbeit auch gut bezahlt wird.

Es ist und bleibt richtig, Respekt vor den Leistungen derer zu haben, die den Laden am Laufen halten.

Und dafür lohnt es sich, auch jetzt und in Zukunft zu kämpfen.

Wir haben aus unseren Überzeugungen für die Arbeit der Fraktion Leitmotive entwickelt. Leitmotive, an denen wir uns orientiert haben und die zum Ausdruck bringen, wofür wir stehen.

#VonGrundAufFair

#ZusammenWachsen

#MenschImMittelpunkt

#FortschrittInArbeit

Es ging und geht uns darum, Politik vor allem für die Vielen in unserem Land zu machen. Und nicht nur für die Wenigen, für die sich die schwarz-gelbe Landesregierung hauptsächlich stark macht.

Es geht uns dabei um die Familien, die wir stärker entlasten wollen, und ihre Kinder, aus deren Hoffnungen wir wieder Realität machen wollen.

Um die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für die wir sichere und zukunftsweise Jobs im sozial-ökologischen Wandel gestalten wollen.

Für die Mieterinnen und Mieter, die nicht wissen, wie sie sich noch eine bezahlbare Wohnung leisten können.

Und um jeden einzelnen von uns, die oder der keine „Fallpauschale“ ist, sondern Mensch und sich eine verlässliche Gesundheitsvorsorge vor Ort wünscht.

Zu diesen Themen haben wir im vergangenen Jahr Leitanträge entwickelt und in den Landtag von Nordrhein-Westfalen eingebracht. Die Leitanträge bilden die Grundlage dafür, wie wir uns einen sozialen Neustart für NRW vorstellen. Auch und gerade in der Corona-Pandemie. Hierin haben wir unsere Ideen und Konzepte niedergeschrieben, wie NRW besser gestaltet werden kann. Wir tun das, weil besser möglich ist.

Natürlich haben wir der schwarz-gelben Landesregierung auch von Anfang an der Legislaturperiode genau auf die Finger geschaut. Hält sie ihre Wahlkampfversprechen? Was macht sie mit den Projekten und Initiativen, die wir auf den Weg gebracht haben? Wie geht sie mit der Macht um, die ihr jetzt zur Verfügung steht?

Natürlich macht eine Landesregierung in einer Legislaturperiode auch manches richtig. Am Ende aber geht es vor allem darum, wie viel sie falsch oder was sie auch gar nicht gemacht hat.

Selten waren die Zufriedenheitswerte – auch bundesweit – mit einer Landesregierung so schlecht wie mit Schwarz-Gelb. In Umfragen hat sie auch schon lange keine Mehrheit mehr. Kein Wunder, wenn man sich die Bilanz einmal ein wenig kritischer anschaut:

**Das Versprechen vom staufreien NRW?
Leer (was leider nicht auf die Autobahnen zutrifft).**

**Die Rechte von Mieterinnen und Mietern?
Auf ein Minimum zurechtgestutzt.**

**Der öffentlich geförderte Wohnungsbau?
So gut wie nicht mehr vorhanden.**

**Der Ausbau der Erneuerbaren Energien?
Hat nicht stattgefunden.**

**Die Krankenhauslandschaft in NRW?
Soll ein Stück kleiner gemacht werden.**

**Der Lehrermangel an Schulen?
Ist größer geworden, nicht kleiner.**

**Kurz gesagt: Was sinken sollte, steigt.
Und was steigen sollte, sinkt.**

Eine Opposition ist immer auch eine Regierung im Wartestand. Wir wollten deshalb eine Opposition sein, die treibt, wo es zu langsam voran geht. Die kooperiert, wo es geboten ist. Und die stoppt, wo die Landesregierung zu weit geht. Nur so verdient man sich das Vertrauen von Bürgerinnen und Bürgern. Und nur so ist man auch in der Lage, auf bestehende Herausforderungen und sich ändernde Bedingungen reagieren zu können. Das war und ist in der Corona-Pandemie so. Und so ist es auch jetzt zum Ende der Legislaturperiode, da der Angriffskrieg von Wladimir Putin gegen die Ukraine auch bei uns in NRW sichtbare Spuren hinterlässt. Wir verurteilen diesen Angriff auf das Schärfste und stehen fest an der Seite der Ukraine. Die Welle der Hilfsbereitschaft für die Opfer von Putins Krieg ist überwältigend. Wir in Nordrhein-Westfalen helfen, wo wir helfen können.

Gemeinsam, gerecht, solidarisch – für Frieden, Freiheit und Demokratie.

Herzlich,

Thomas Kutschaty Sarah Philipp

Ihre
Thomas Kutschaty und Sarah Philipp

Inhalt

0	1
2	0
2	2



6 Fortschritt in Arbeit

7 Eine Lehrstunde: Wie verhindere ich einen Betriebsrat?

Interview mit Kevin Förster

8 Schaffen wir Innovation im ganzen Land

Ein Kommentar von André Stinka

10 Stark bleiben, Wandel meistern

Ein 30 Milliarden Euro-Transformationsfonds für unsere Industrie

11 Bilanz der Landesregierung

12 Sozialer Neustart

Weil besser möglich ist

Ein Appell von Thomas Kutschaty

16 Familien. Bilden. Zukunft.

17 Der ewige Kampf gegen Ungleichheit

Ein Gastbeitrag von Klaus Hurrelmann

18 Ein Schub für Eltern und Kinder

Erfolgsmodell Familienzentrum

20 Flickenteppich der Kita-Kosten in Nordrhein-Westfalen

Der Ganztag in NRW braucht mehr Plätze und mehr Qualität

Ein Kommentar von Eva-Maria Voigt-Küppers

21 Familien entlasten mit Gebührenfreiheit für alle Kitas in NRW

Bilanz der Landesregierung

22 Corona

Der acrylgläserne Abgeordnete – Corona meets Landtag

Ein Wortbeitrag von Sarah Philipp

23 Von der Herausforderung, Pandemie und Demokratie unter einen Hut zu bringen

24 Schulministerin in der Corona-Krise

Ein Kommentar von Jochen Ott

25 Ein Rettungsschirm für die Wirtschaft – nicht für die Landesregierung

Ein Kommentar von Michael Hübner

Damit Hopfen und Malz nicht verloren sind



26 Maximal Mensch. Statt maximal Gewinn.

27 GemeindeschwesterPlus

Lisa-Kristin Kapteinat im Gespräch mit Eva Müller

28 Vier Offensiven für ein starkes Gesundheitssystem

Aktionstag zum Themenschwerpunkt Gesundheit

30 Nein zu Krankenhausenschließungen

31 Bilanz der Landesregierung

**32 75 Jahre NRW
75 Jahre SPD-Fraktion**

34 Mehr Bauen + Mieten runter = gutes Wohnen

35 Für gutes und bezahlbares Wohnen
Interview mit Berit Künnecke

36 Wohnen in NRW – die rote Linie ist überschritten

38 Gutes Wohnen

Mehr als eine gute Wohnung

39 Bilanz der Landesregierung

**40 Was sonst noch geschah
Paritätsgesetz**

Jungen Menschen eine Stimme geben

41 Klagen vor dem Verfassungsgerichtshof

Für ein modernes und freiheitliches Versammlungsgesetz

**42 Aktuelles
Straßenausbaubeiträge abschaffen**

Untersuchungsausschuss „Hochwasser“

43 Nachrufe

Fortschritt in Arbeit



Interview mit Kevin Förster:

Eine Lehrstunde: Wie verhindere ich einen Betriebsrat?

Herr Förster, der Betriebsrat Ihres Arbeitgebers in Düsseldorf musste hart erkämpft werden. Was war los?

Ganz einfach: Das Unternehmen, für das ich arbeite, ist gerichtlich gegen die Betriebsratswahl vorgegangen. Hinzu kommt das Problem der befristeten Arbeitsverträge und der damit verbundenen Kettenbefristungen: Der erste Betriebsrat war von April bis September 2020 von ursprünglich 22 Mitgliedern auf sechs geschrumpft, weil Verträge ausliefen.

Aber das war nicht das Ende?

Nein, wir haben eine Neuwahl eingeleitet. Diese Wahl wurde nicht angefochten – demnach besteht rechtlich ein Betriebsrat bei unserem Unternehmen in Düsseldorf. Doch auch hier sind nur noch acht Betriebsratsmitglieder von ursprünglich 13 übrig. Das ist das Ergebnis von befristeten Verträgen, die nicht verlängert werden.

Was war Ihre persönliche Motivation, sich trotz dieser Widrigkeiten einzubringen?

Kolleginnen und Kollegen haben mich nach den großen Problemen bei der ersten Wahl angesprochen, ich solle für den Betriebsrat 2.0 kandidieren. Ehrlicherweise ist mein Interesse erst geweckt worden, als ich mich gefragt habe „Wieso versucht ein Arbeitgeber mit allen möglichen Wegen, einen Betriebsrat zu verhindern?“. Zu dem Zeitpunkt war der Job lediglich ein Nebenverdienst zu meinem Studium.

Wie ist die Geschäftsführung denn mit der Niederlage vor Gericht umgegangen?

Die Geschäftsführung ist bis zum heutigen Tag nicht mit dem Betriebsrat in Kontakt getreten. Für das Unternehmen ist es halt einfach, die Beschäftigten, die in Verbindung mit der Betriebsratswahl standen, „loszuwerden“. Bei befristeten Arbeitsverträgen werden diese einfach nicht verlängert.



Kevin Förster ist Betriebsratsvorsitzender bei einem Getränke-Lieferdienst in Düsseldorf.

Nun gibt es bei Ihnen in Düsseldorf einen Betriebsrat – bei anderen Niederlassungen noch nicht. Dieser lange Kampf muss verdammt frustrierend sein.

Kolleginnen und Kollegen aus Berlin und viele andere fragen immer wieder nach, wie eine Betriebsratswahl funktioniert. Doch es scheitert an einem entscheidenden Punkt: Wenn die Beschäftigten ihren Job und somit die Finanzierung ihres Lebensunterhalts für die Gründung eines Betriebsrates riskieren. Ich definiere dies bewusst so hart, da wir von befristeten Arbeitsverträgen sprechen. Helfe ich bei der Gründung eines Betriebsrates mit, riskiere ich meine nächste Ver-

längerung. Der gesetzliche Kündigungsschutz für Betriebsräte hilft hierbei, um ehrlich zu sein, so gut wie gar nicht.

Wie kann Politik denn bei der Gründung von Betriebsräten helfen?

Möchte man sein Recht auf einen Betriebsrat wahrnehmen, stolpert man über Probleme, bei denen die aktuelle Gesetzeslage ein klares Loch aufzeigt: Mein Arbeitgeber nutzt das Teilzeit- und Befristungsgesetz geschickt aus. Jeder Standort wird als eine eigene neue Gesellschaft deklariert. Da der Standort Düsseldorf seit dem 28.12.2017 existiert, kann der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis bis zu vier Jahren verlängern. Die Mitarbeitenden bekommen jeweils 6- bis 12-Monatsverträge mit Verlängerungen über die zwei Jahre hinaus. Hier besteht erheblicher Handlungsbedarf.

Was geben Sie den Kolleginnen und Kollegen mit auf den Weg, die für ihre Rechte kämpfen müssen?

Wendet Euch an Eure Gewerkschaft! Für den Gegenwind braucht man erfahrene Spielerinnen und Spieler.

Vielen Dank für das Gespräch.

Wir haben uns mit unserem Leitantrag „Die Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“ (Drs. 17/13401) für eine Offensive für mehr Respekt und Leistungsgerechtigkeit in Nordrhein-Westfalen eingesetzt. Damit soll eine Tariftreue zwischen der Landesregierung und den Tarifpartnern geschaffen werden. Für uns ist klar, dass in allen Branchen ein flächen-deckender Tarifvertrag sichergestellt werden muss. Deshalb wollen wir beispielsweise als gutes Vorbild voran gehen und öffentliche Aufträge und Fördermittel nur noch vergeben, wenn Unternehmen in ihren Betrieben Mitbestimmung ermöglichen und Tarifverträge einhalten. Außerdem müssen Erziehungsberufe besser bezahlt und der soziale Arbeitsmarkt besser ausgebaut werden, um die Teilhabe für besonders benachteiligte Menschen zu ermöglichen. **Wir werden „Union Busting“ als eine organisierte Form des Behinderns und Verhinderns von Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit in den Betrieben konsequent bekämpfen. Das hier aufgezeigte Beispiel verdeutlicht, wie wichtig es ist, die Straftatbestände bei Verstößen gegen die betriebliche Mitbestimmung zu verschärfen. Einen entsprechenden Antrag bringen wir im März 2022 ins Plenum ein.**

Aus Bottrop für ganz NRW:

Schaffen wir Innovation Citys im ganzen Land

Von André Stinka

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag NRW



Bottrop? Mal ganz ehrlich. Was ist da die erste Assoziation? Bei einigen wird es der Movie Park sein. Bei sehr vielen wird es die Kohle sein. Bottrop ist die Stadt, in der im Jahr 2018 die Ära der Steinkohle in Deutschland endete. Hier malachten die Kumpel bis zum Schluss. Dann hieß es: letzte Schicht auf Prosper Haniel. Wer in der Stadt im Revier unterwegs ist, sieht heute noch die alten Fördertürme und die Halden.

Doch so prägend die Kohle auch war und so wichtig die Erinnerung an diese Ära ist: Ich habe bei Bottrop eine andere Assoziation. Ich denke an Bottrop als Vorreiterin beim Klimaschutz. Als Vorbild für ganz Nordrhein-Westfalen. Denn Bottrop ist seit 2010 Innovation City. Mitten im Wandel weg von der alten Industrie haben sich die Verantwortlichen vor Ort gefragt: Wo können neue Chancen liegen? Und so haben sich die Bottroper auf den Weg gemacht, als Innovation City Energieeffizienz und Klimaschutz zu ihrem Markenkern aufzubauen.

Entstanden ist ein Projekt, das Vorbild sein kann – ja Vorbild sein muss. Denn es räumt auf mit der Behauptung, dass guter Klimaschutz und eine starke Wirtschaft im Widerspruch stehen. Es zeigt, dass Klimaschutz möglich ist und enorme Chancen birgt.

Bottrop hat es geschafft, seit 2010 etwa 50 Prozent der CO₂-Emmissionen einzusparen. In der Innovation City Ruhr wurden und werden innovative Ideen und Lösungen

entwickelt, um den Herausforderungen des Klima- und Strukturwandels zu begegnen. Etliche Häuser wurden bereits energetisch saniert. Bis 2021 wurden mehr als 3.600 Wohnhäuser im Einzugsgebiet der Innovation City modernisiert. Das sind rund 36 Prozent des gesamten Bestands. Die Solarenergie wurde ausgebaut. Bottrop belegt unter allen Großstädten in NRW den Spitzenplatz bei der Photovoltaik-Dichte pro Einwohner. Bottrop hat einen stahlverarbeitenden Betrieb, der klimaneutral produziert. Und Bottrop hat die E-Mobilität gestärkt. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmerinnen und Unternehmer wurden und werden eng in den Wandel einbezogen. Die Stadt setzt auf Beratung vor Ort, auf Förderung und Anreize. 3.954 Energieberatungen wurden bis 31. Dezember 2020 durchgeführt und damit mehr als 30 Prozent aller Einzeleigentümer erreicht. 2,7 Millionen Euro Modernisierungsförderung stießen Gesamtinvestitionen von mehr als 20 Millionen Euro an. Dies sind die Zahlen einer Erfolgsgeschichte.



Fortschritt in Arbeit

Durch die gute Kommunikation ist es gelungen, die Menschen in Bottrop auf dem Weg der Stadt mitzunehmen. Das ist gut, denn ohne Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger geht nichts. Fast 12.000 Menschen haben Innovation-City-Veranstaltungen besucht. So waren sie von Beginn an in die Entwicklung eingebunden.

In Bottrop gelingt so Klimaschutz ohne steigende Mieten und Arbeitsplatzverluste. Ganz im Gegenteil: Die Einwohner sparen heute Energiekosten und Arbeitsplätze wurden geschaffen. Denn die Initiative ist ein großes Auftragsprogramm für Handwerk und Mittelstand. Was in Bottrop passiert, ist großartig. Was in Bottrop passiert, ist Klimaschutz made im Ruhrpott. Was in Bottrop passiert, sorgt für Interesse auf der ganzen Welt. Viele internationale Gäste sind nach Bottrop gekommen und haben sich informiert, wie die Energiewende hier funktioniert. Und doch haben zu viele in Nordrhein-Westfalen Bottrop als Innovation City nicht auf dem Schirm. Wie kann das sein, wenn doch alles so gut läuft? Die Verantwortung dafür liegt in Düsseldorf am Horionplatz 1, Sitz der Staatskanzlei. Denn von dort regieren seit 2017 Ministerpräsidenten, die der Innovation City viel zu wenig Aufmerksamkeit schenken. Wie sollte ein Ministerpräsident eigentlich reagieren, wenn bei ihm im Land etwas richtig gutes entsteht? Hinschauen, lernen, die Erfahrungen auch anderswo nutzen! Doch die Landesregierung lässt die Möglichkeit einfach liegen. Sie entwickelt die „Innovation City Bottrop“ nicht zu einem Projekt für ganz Nordrhein-Westfalen weiter. Wie fatal! Wie kurzsichtig! Denn so verpasst die Landesregierung die Chance, effiziente und lebensqualitätssteigernde Klimaanpassungen in NRW an vielen Orten umzusetzen. Sie verpasst die Chance, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei hatte Rot-Grün die Ausweitung des Projekts vor dem Regierungswechsel 2017 auf den Weg gebracht. Schwarz-Gelb geht diesen Weg nicht.



So darf es nicht weitergehen. Die Forderung aus unserem Leitantrag: Das Vorbild Bottrop tatsächlich auch als Vorbild nutzen.

In diesem Leitantrag haben wir formuliert, wie wir nach dem Vorbild Bottrop einen Klimamasterplan „Innovation Citys NRW“ auflegen wollen. In 1.000 Wohnquartieren wollen wir Häuser energetisch sanieren und die lokale Energiewende vorantreiben.

Denn wäre das nicht eine tolle Assoziation für Nordrhein-Westfalen? Nordrhein-Westfalen, das Bundesland, das Vorreiter beim Klimaschutz ist. Das Bundesland, das aus einer riesigen Herausforderung eine große Chance macht.

Mit den von uns formulierten Plänen können wir das Bundesland sein, das seine Stadtteile energieeffizient macht. Wir können Klimaschutz zum Jobmotor machen. Wir können mit „Innovation Citys NRW“ mindestens 23.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Berechnungen zeigen schließlich: Ein Roll-out von Innovation City Bottrop auf ganz NRW wäre ein riesiges Beschäftigungsprogramm. Und würde die Lebensqualität der Menschen in unseren Städten und Gemeinden ganz konkret verbessern.

Na, wenn das keine Perspektive ist. Ich finde, wir sollten das enorme Potenzial nutzen und Nordrhein-Westfalen so stark für die Zukunft aufzustellen. Die Blaupause ist da. Denn in Bottrop ist die Zukunft bereits Realität.

Zu unserem Leitantrag „Die Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-13401.pdf>

ARBEIT & WIRTSCHAFT

DIE KERNFORDERUNGEN aus unserem Leitantrag auf einen Blick

- 30 Milliarden Euro für einen **Stabilitätsfonds** für **Klimaschutz und Beschäftigung**
- **Bündnis für Tariftreue** und **flächendeckende Tarifverträge** in allen Branchen
- Förderung der **Gründung von Betriebsräten**
- 1.000 neue Stellen beim **Arbeitsschutz**
- Versorgung der Industrie mit **Wasserstoff** und **Förderung der Kreislaufwirtschaft**
- Investitionen in **Forschung und Entwicklung**
- **Schaffung neuer Arbeitsplätze und klimafreundlicher Stadtviertel nach dem Vorbild von Innovation City Bottrop**

Stark bleiben, Wandel meistern – ein 30 Milliarden Euro-Transformationsfonds für unsere Industrie

Riesige Fabrikhallen, gewaltige Maschinen, glühend heißer Stahl – die Deutschen Edelstahlwerke in Siegen sind ein beeindruckendes Stück Industrie in NRW. Hunderte Facharbeiterinnen und Facharbeiter malochen hier jeden Tag. Das sind gute Jobs in der Industrie für ein Leben in sozialer Sicherheit.

Siegen, das ist nicht der einzige Standort der Stahlindustrie in NRW. 45.000 Beschäftigte hat die Branche in unserem Bundesland. 45.000 Menschen, deren Industrie vor einem massiven Wandel steht. Grün soll der Stahl werden – einen Beitrag zum Klimaschutz soll er leisten. Milliardenschwere Investitionen in neue Anlagen und erhöhte operative Kosten auf dem Weg zur Klimagerechtigkeit sind notwendig. Nur wenn dieser Wandel gelingt, haben wir in NRW auch in Zukunft tausende gute Arbeitsplätze in der Stahlindustrie. Dass der Wandel gelingt, ist aufgrund der schwarz-gelben Industrie- und Klimapolitik alles andere als sicher. In anderen Ländern geht es schon längst voran in Richtung guter Zukunft. Im Jahr 2024 geht in Nordschweden das erste wasserstoffbetriebene Stahlwerk in Betrieb. Warum nicht in Siegen? Warum nicht in Duisburg? Der Daimler-Konzern investiert lieber in Schweden statt in NRW. Der Grund: Die Landesregierung hat nicht den Mut, die richtigen Entscheidungen für eine starke und klimafreundliche Industrie zu treffen. Dabei ist Stahl selbst Bestandteil von Klimaschutz. Die Deutschen Edelstahlwerke sind kein werdendes Freilichtmuseum mit veralteter Technologie aus dem 19. Jahrhundert. Im Gegenteil: Ohne Stahl gibt es keine Elektromobilität, keine Windenergie, keine modernen Maschinen oder Wasserstofftechnik. Am Stahl hängen entlang der Wertschöpfungskette zehntausende Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen. Um die Chancen des Stahls zu nutzen, müssen die Unternehmen zukunftsfähig werden. Damit der Wandel gelingt, fordern wir in unserem Leitantrag „Die gute Arbeit von morgen“ einen Transformationsfonds von 30 Milliarden Euro für Unternehmen. So stellen wir sicher, dass große wie auch kleine und mittlere Betriebe entlang der Wertschöpfungskette aller Stahlrouten langfristige Unterstützung in der Transformation bekommen.

Natürlich geht es nicht nur um Stahl. Es geht beim Wandel zu einer klimagerechten Industrie auch um Chemie, Maschinenbau, Automotive oder Grundstoffindustrie. Es geht um industrielle Wertschöpfung, die Arbeit und Wohlstand schafft. Wir wollen 2045 klimaneutral sein. Aber nicht deindustrialisiert. Mehr als 800 mittelständische

Weltmarktführer, die „Hidden Champions“, haben ihren Sitz in NRW. Doch trotz guter Rahmenbedingungen werden viele dieser mittelständischen Unternehmen den technologischen Wandel nicht aus eigener Kraft schaffen können. Es fehlen Zeit und Eigenkapital. Deshalb fordert der Bundesverband der mittelständischen Wirtschaft einen staatlichen Eigenkapitalfonds, um die Existenz dieser Unternehmen zu sichern. Genau so ist der 30 Milliarden Euro-Fonds, den wir fordern, angelegt.

Doch wie funktioniert der Fonds genau? Woher soll das ganze Geld kommen? Über Anleihen, sogenannte Green Bonds, soll der Fonds Geld auf den Kapitalmärkten sammeln und dieses anhand von Transformationskriterien an Unternehmen vergeben. So sollen sie in die Lage versetzt werden, ihre Produktionsprozesse mit mittelfristigem Eigenkapital klimaneutral umzustellen. Das unterstützen auch Gewerkschaften wie die IG BCE. Durch den Erwerb von Firmenanteilen bekommt der Fonds Vermögen. Es handelt sich bei den 30 Milliarden also nicht um verlorene Zuschüsse an private Firmen, die irgendwann aufgebraucht sein werden, sondern um Vermögenswerte, die bei wirtschaftlichem Erfolg mindestens erhalten bleiben. Der Fonds soll bei der NRW.BANK errichtet und von ihr verwaltet werden. Mit Hilfe einer Transformationsagentur wollen wir zudem beim klimagerechten Wandel beraten und den Prozess steuern. Regionale Transformationsbeiräte sollen dafür sorgen, dass die Veränderungen in den jeweiligen Regionen mit den jeweils eigenen Kompetenzen, Zielen und Akteuren koordiniert werden.

Letztlich ist der Transformationsfonds ein wirkungsvolles Instrument in vielen Bereichen der Industrie. Er stärkt Unternehmen der Automobilindustrie, die auf Elektromobilität umrüsten. Ebenso profitieren Unternehmen der Grundstoffindustrie, die ihre Produktion auf der Basis von Wasserstoff umstellen. Oder Unternehmen und Start-ups, die Konzepte für Kreislaufwirtschaft auf den Markt bringen. Und natürlich gewinnen auch Unternehmen entlang der Wertschöpfungskette „Stahl“ in Siegen und anderswo. Für gute Arbeit in einem klimaneutralen Industrieland.

Versprochen – gebrochen!?

Bilanz der schwarz-gelben Landesregierung

Was wurde versprochen?

Die schwarz-gelbe Koalition wollte mit einer besseren Wirtschaftspolitik Möglichkeiten ausschöpfen, um die von Armut betroffenen Familien in Jobs zu bringen – und damit auch der Kinderarmut den Kampf ansagen.

Was ist passiert?

Die Armutssquote im Jahr 2020 lag in NRW bei 17,4 Prozent, das sind 1,3 Prozent mehr als im deutschen Durchschnitt von 16,1 Prozent. Das geht besser!

Was wurde versprochen?

Die Frauenerwerbstätigkeit sollte gesteigert und mehr Frauen gefördert werden, um ihnen Zugang zu Führungspositionen zu ermöglichen. Außerdem wollten CDU und FDP ein ganzheitliches Diversity Management einrichten.

Was ist passiert?

Viel Lärm um nichts: Die Kompetenzzentren Frau und Beruf wurden nicht fortgeführt, von einem Diversity Management weit und breit nichts in Sicht. Die Beschäftigungsquote von Frauen liegt in NRW mit 54,4 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt (58 Prozent).

Was wurde versprochen?

Wie wichtig der Arbeitsschutz nicht zuletzt für die Gesunderhaltung der Beschäftigten ist, betonte die schwarz-gelbe Landesregierung in ihrem Koalitionsvertrag.

Was ist passiert?

Im Zeitraum von 2002 bis 2018 gab es fast 50 Prozent weniger Betriebsbesichtigungen. Bis zur nächsten Kontrolle eines Unternehmens vergehen durchschnittlich 25,5 Jahre. Mehr Geld für zusätzliche Stellen wollte die Landesregierung jedoch nicht investieren. Konsequenter Arbeitsschutz geht anders.

Was wurde versprochen?

Ein Bekenntnis zum deutlichen Ausbau der erneuerbaren Energien? Fehlanzeige!

Was ist passiert?

Entsprechend wenig. Im Ländervergleich ist NRW Schlusslicht beim Anteil an erneuerbaren Energien, nur 16 Prozent des erzeugten Stroms stammen aus dieser Quelle (Bund: 40 Prozent).

Was wurde versprochen?

Zur Windkraft, einem wichtigen Baustein der erneuerbaren Energien, hat sich Schwarz-Gelb schon im Koalitionsvertrag zurückhaltend bis abneigend geäußert. Ein schwaches Bild angesichts der notwendigen Energiewende.

Was ist passiert?

So einiges, was dem Ausbau der Windkraft entgegensteht: Schwarz-Gelb führte die Regel von 1.000 Metern Abstand zwischen Windrad und Wohnbebauung ein. Außerdem wurden in 2017 mehr neue Anlagen errichtet (323) als in den Jahren 2018, 2019 und 2020 zusammen (243).

A photograph of a man with dark hair, a beard, and glasses, wearing a blue suit and a white shirt. He is holding a white card with the SPD logo and the text "NRW DIE FRAKTIION" and "SPD" on it. He is speaking into a microphone. The background is a blurred indoor setting.

*Investitionen
in die Zukunft*

Weil besser möglich ist

Ein Appell von Thomas Kutschaty

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag NRW

Knapp 18 Millionen Menschen leben in Nordrhein-Westfalen. 18 Millionen Menschen mit unterschiedlichen kulturellen und sozialen Hintergründen, aus Hochhaussiedlungen und Villenvierteln, in pulsierenden Städten und idyllischen Landschaften. 18 Millionen Menschen mit ihren Träumen, Hoffnungen und Wünschen für die Zukunft – eine bessere Zukunft, oftmals.

Denn die Menschen in unserem Land sind unzufrieden. Weil 15.000 Erzieherinnen und Erzieher fehlen und die Zahl der Lehrkräftestellen, die nicht besetzt sind, immer weiter steigt. Weil die Postleitzahl eines Kindes immer noch mehr Aussagekraft über den persönlichen Bildungserfolg hat als die Talente, die es mitbringt. Weil bezahlbare Wohnungen viel zu oft ein Glücksfall sind. Weil es Menschen gibt, die 40 Stunden die Woche arbeiten und deren Lohn dennoch nicht zum Leben reicht.

Dabei ist Nordrhein-Westfalen stark und kann auf das Fundament seiner Vielfalt bauen. Beste Voraussetzungen, um die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Eigentlich. Denn falsche Entscheidungen der schwarz-gelben Landesregierung und mangelnde Konzentration auf das, was wichtig ist, haben dazu geführt, dass unser Land hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt. Chancen für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung wurden nicht genutzt, der soziale Fortschritt ist auf der Strecke geblieben. Das ist die Bilanz dieser Landesregierung: Das, was steigen sollte, schrumpft, und das, was weniger werden sollte, steigt.

Ich bin überzeugt: Wir brauchen einen sozialen Neustart – für NRW und die Menschen in unserem Bundesland. Fortschritt statt alter „Normalität“, das muss unser Ziel sein. Mit Investitionen in die Zukunft – weil besser möglich ist. Wir als Sozialdemokraten müssen aus den Hoffnungen der Menschen Wirklichkeit machen. Wir wollen die Architektin des Fortschritts sein – in puncto Bildung und Familie, Arbeit, Gesundheit und Wohnen.

Ich finde, wir müssen die Schul- und Bildungspolitik wieder zum Hauptfach machen. Denn die Zukunft fängt mit unseren Kindern an. In unserem Land müssen Fleiß und Talent zählen und nicht die Herkunft eines Kindes. Dafür brauchen wir eine Familien- und Bildungspolitik, die auf Vorbeugung und Befähigung setzt.

Doch wie kann unser Bildungssystem für unsere Kinder und Jugendlichen die Startrampe in ein selbstbestimmtes Leben sein? Wir können Kinder aus sogenannten bildungsferneren Schichten in ihrer Schulzeit schon so fördern, dass sie ihre Talente bestmöglich entfalten können und alle Entwicklungsmöglichkeiten haben. Ein tolles Beispiel dafür habe ich in Gelsenkirchen gesehen: Dort gibt es Talentscouts, die in Zusammenarbeit mit den Schulen ganz gezielt auf Kinder und ihre Talente schauen – ob in Mathe, Chemie oder

Kunst. Das können unsere zukünftigen Nobelpreisträgerinnen und -träger sein. Aber vielleicht sind diese Kinder noch nicht so fit in der Rechtschreibung oder in der deutschen Sprache. Dann fördern und unterstützen die Talentscouts gezielt und gleichen so kleine Schwachstellen aus.

Von diesen Lotsinnen und Lotsen durch den Bildungsdschungel brauchen wir mehr – und wir brauchen sie früher. Deswegen haben wir uns in unserem

Leitantrag dafür eingesetzt, aus den Grundschulen Familienzentren zu machen, in denen wir uns nicht nur um die Kindern, sondern auch um ihre Eltern kümmern. Denn ein stabiles Elternhaus ist die Basis und der beste Weg für die gute Entwicklung der Kinder. Mit jedem Schulabbruch, den wir vermeiden, mit jedem jungen Menschen, dem wir zu einem höheren Bildungsabschluss verhelfen, wird unser Land nicht nur gerechter, sondern auch stärker – wirtschaftlich und sozial. Und wir brauchen einen schulscharfen Sozialindex: Die Schulen, bei denen der Bedarf am größten ist, brauchen mehr Geld, um beste Arbeit auch in schwierigen Vierteln zu leisten und Kindern beste Zukunftschancen zu ermöglichen.

Wir wollen die Architektin des Fortschritts sein – in puncto Bildung und Familie, Arbeit, Gesundheit und Wohnen.



In unserem Leitantrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen“ formulieren wir den Anspruch, dass ein Platz in der Kita nicht länger ein Statussymbol unter Eltern sein darf. Und das alles ohne Gebühren für die Familien in NRW. Denn: Bildung muss in unserem Land allen Menschen zugänglich sein – unabhängig von ihrem Einkommen. Deswegen möchte ich die Kita-Gebühren in NRW endlich ganz abschaffen und vollständig aus dem Landshaushalt finanzieren. Das haben wir in verschiedenen Anträgen während der Legislaturperiode gefordert.

Es gilt, Verantwortung zu übernehmen – auch für die Verkäuferin an der Supermarktkasse, die Krankenschwestern, die Erzieherinnen, die Altenpflegerinnen. Sie alle sind die wahren Leistungsträgerinnen unserer Gesellschaft. Viele von ihnen leben noch immer von Niedriglöhnen. Das ist nicht fair. Ich möchte, dass Tarifverträge allgemeinverbindlich werden, dass sich Tarifflucht nicht mehr lohnt und dass wir die Facharbeiter ebenso wie die Ingenieurinnen mitnehmen auf dem Weg des wirtschaftlichen Wandels.

Die Berufswelt ändert sich rasend schnell – bedingt durch Digitalisierung und notwendigen Klimaschutz und beschleunigt durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie. Neue Berufe entstehen, traditionelle werden neu definiert. Wir wollen die gute Arbeit von morgen gestalten, so haben wir es in unserem Leit-

antrag zu den Bereichen Arbeit und Wirtschaft formuliert. Jeder Job hat Wertschätzung, Leistungsgerechtigkeit und Sicherheit verdient. Und jeder Mensch mehr Chancen auf Wohlstand und Lebensqualität. Einen sozialen Neustart brauchen wir auch in unserem Gesundheitssystem, denn: Gesundheit ist ein Grundrecht für jede und jeden. Gesundheitsvorsorge muss verlässlich in jedem Viertel unseres Landes vorhanden sein. Väter und Mütter, die mit ihrem kleinen Kind nachts von Krankenhaus zu Krankenhaus irren müssen, um eine angemessene Versorgung zu erhalten – das darf es nicht geben.

Wir sind das Bundesland, in dem mit rund 18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern etwa jeder Fünfte in Deutschland lebt – und wohnt. Davon zehn Millionen Menschen zur Miete. Auch für sie gilt es, Verantwortung zu übernehmen. Wohnen muss bezahlbar

sein. Jede und jeder hat das Recht auf eine Wohnung, in der er oder sie gerne lebt und nicht einfach nur, weil man sie sich gerade noch so leisten kann. Wenn überhaupt. Es gibt gewiss viele gute Gründe, in eine andere Stadt oder einen anderen Stadtteil zu ziehen. Aber niemand darf dazu gezwungen sein, weil Mieten unbezahlbar werden. Und doch kommt es vor – leider immer öfter. Das möchte ich unter anderem mit Investitionen in den öffentlichen Wohnungsbau verhindern. Das haben wir in verschiedenen Anträgen im Landtag immer wieder gefordert. Heimat beginnt in Nordrhein-West-

falen vor der Haustür. Hier beginnt der soziale Neustart. Wir setzen auf Fortschritt durch Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit. Auf Fortschritt durch Solidarität und Fairness. Und auf Fortschritt durch Machen. Weil besser möglich ist.



Zu unserem Leitantrag „Die Gute Arbeit von morgen für Nordrhein-Westfalen“.



Zu unserem Leitantrag „Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“.



Zu unserem Leitantrag „Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!“.



Zu unserem Leitantrag „Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“.

Wir wollen die gute Arbeit von morgen gestalten. Jeder Job hat Wertschätzung, Leistungsgerechtigkeit und Sicherheit verdient. Und jeder Mensch mehr Chancen auf Wohlstand und Lebensqualität.



ANTRÄGE SPD-FRAKTION

Zahlen, Daten, Fakten*

420 Anträge insgesamt (inkl. interfraktioneller Anträge und Anträge auf Aktuelle Stunde)

52 Anträge auf Aktuelle Stunden

102 Entschließungsanträge insgesamt

A close-up photograph of a young child with dark hair, smiling broadly with their mouth open. They are wearing a light-colored t-shirt with the word "YEAH!" printed in large, dark, block letters. The background is blurred, showing what appears to be a garden or outdoor setting.

Familien.
Bilden.
Zukunft.

„Sozialdemokratische Bildungspolitik:

Der ewige Kampf gegen Ungleichheit“

Ein Guestbeitrag von Klaus Hurrelmann

Die deutsche Wohlfahrtspolitik ist seit 150 Jahren „subsidär“ orientiert und sieht die Familie als Zentrum des „natürlichen“ sozialen Netzwerkes von Kindern an, das so weit wie möglich vor jedem staatlichen Eingriff, auch dem des Bildungssystems, verschont werden sollte. Hierdurch wird der Bildungspolitik eine untergeordnete, der Sozialpolitik eine übergeordnete Rolle zugesprochen. Die Folge ist ein für einen hoch entwickelten demokratischen Staat zu geringes Bildungsbudget mit der Folge eines erschreckend niedrigen Bildungsniveaus der Bevölkerung und einer beängstigend großen Leistungsungleichheit nach sozialer Herkunft.

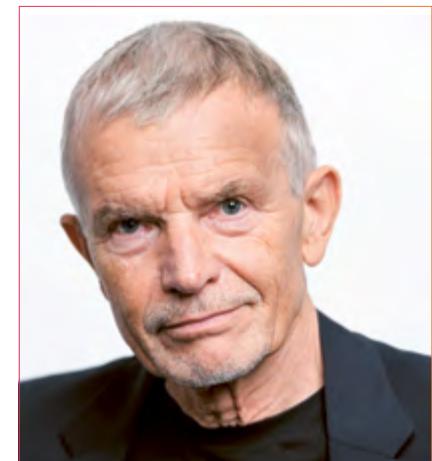
Sozialdemokratische Politik hat diese Ausgangslage schon immer als eine Herausforderung wahrgenommen, weil hierdurch die Bildungspotentiale vor allem der jüngeren Bevölkerungsmitglieder nicht richtig erkannt und unzureichend gefördert sowie wichtige gesellschaftliche Innovationen blockiert werden. Entsprechend hat sie sich darum bemüht, die Pfadabhängigkeit der Wohlfahrtspolitik mit ihrer einseitigen Betonung der sozialen Sicherung von Familienhaushalten abzuschwächen und Sozial-, Familien- und Bildungspolitik stärker als bisher aufeinander abzustimmen.

Sozialdemokratische Bildungspolitik in Deutschland war und ist in dieser Sicht strukturell ein Kampf gegen eine konservativ ausgerichtete, die bestehenden Familienstrukturen konservierende Sozialpolitik. Einer Sozialpolitik, die Familien von der

Position vor allem des männlichen Familienmitgliedes im Arbeitsmarkt abhängig macht und alle Sicherungsstrukturen hierauf auslegt. Die auf diese Weise strukturell die Emanzipation von Frauen blockiert, weil das finanzielle Sicherungssystem und die Steuergesetzgebung Anreize für die Berufstätigkeit von Männern bieten. Einer Sozialpolitik, die gut situierte Familien in die Lage versetzt, ihren Kindern effiziente Unterstützung für den schulischen Bildungsweg und die spätere Berufsauswahl zukommen zu lassen und sozioökonomisch schwache Familien hierbei systematisch benachteiligt.

Der mächtigste Verbündete für die sozialdemokratische Reformpolitik war in den zurückliegenden Jahrzehnten die Wissenschaft. Sie brachte immer wieder eindeutige Belege, die den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg bestätigten und zeigten, dass die Förderung von Leistung und Persönlichkeit eines Kindes nur dann wirkungsvoll möglich ist, wenn Familien und Bildungseinrichtungen eng kooperieren.

Studien zeigen immer wieder: Der überdurchschnittlich hohe Erfolg von Kindern aus statushohen Familien ist nur deshalb möglich, weil es den Eltern gelingt, sich mit Kindergarten und Schulen für die Entwicklung ihrer Kinder zu verbünden. Sozial benachteiligten Eltern gelingt das nicht. Ein vorrangiges Ziel der sozialdemokratischen Bildungspolitik liegt deswegen darin, die Erziehungs- und Bildungspartnerschaft von Familie, Kindertageseinrichtung und Schule zu fördern.



Die wissenschaftliche Bildungsforschung spricht sich darüber hinaus für drei zentrale Reformschritte aus, um die Ungleichheit zu überwinden:

- ▶ Den Ausbau der Vorschulerziehung mit einem möglichst hohen Anteil von Kindern in Kindertagesstätten;
- ▶ die Entwicklung zum Ganztagsangebot in Kitas und Schulen und
- ▶ eine möglichst spät in der Bildungslaufbahn einsetzende Aufteilung der Kinder in unterschiedliche Schultypen nach ihrem bis dahin erreichten Leistungsstand.

Alle drei Schritte sollten dementsprechend auch im Bundesland Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahren wieder weit vorne auf der bildungspolitischen Agenda stehen. Nur so kann der ewige Kampf gegen die Ungleichheit gewonnen und das Potential des Bildungssystems gestärkt werden, die schulischen Leistungen bei allen Kindern unabhängig von den Vorgaben des Elternhauses zu erhöhen.





Ein Schub für Eltern und Kinder

Das Erfolgsmodell Familienzentrum

Gabriele Moesgen ist Leiterin eines Familienzentrums in Krefeld. Im Gespräch mit unserer stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Regina Kopp-Herr redet sie über Erfolge und Herausforderungen.

Es gibt Gespräche, die brauchen keine lange Anlaufzeit. Da beginnt gleich ein engagierter Austausch. Gerade, wenn die Beteiligten für ihre Sache brennen. So ist es auch im Gespräch zwischen Gabriele Moesgen, Leiterin des Katholischen Familienzentrums „Leben unterm Regenbogen“ im Krefelder Stadtteil Linn, und unserer stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Regina Kopp-Herr.

Beide setzen sich für beste Angebote für unsere Kinder ein. Gabriele Moesgen in der täglichen Arbeit vor Ort. Und Regina Kopp-Herr im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

„Familienzentren sind uns ein wichtiges Anliegen“, sagt Regina Kopp-Herr. „Deshalb haben wir in unserem bildungs- und familienpolitischen Leitantrag gefordert, diese von Kitas auf die Grundschulen auszuweiten.“

Zwei Kindertagesstätten aus Krefeld gehören zu Gabriele Moesgens Familienzentrum. Seit mehr als 30 Jahren ist sie im Bereich der Kinderbetreuung tätig. Der Start des Familienzentrums habe für die beiden Häuser, das Personal und die Familien einen enormen Schub gebracht, sagt Gabriele Moesgen und erklärt, was das Familienzentrum leistet. Es geht um unmittelbare und niederschwellige Angebote. Und darum, Ansprechpartner für die Familien im Stadtteil zu sein. „Die Beratung wird sehr unterschiedlich wahrgenommen“, sagt Gabriele Moesgen. Mal kommen Eltern und mal auch Groß-



Gabriele Moesgen
Leiterin eines Familienzentrums

eltern, die sich noch in ihre Rolle einfinden müssen. Auch die moderne Vaterschaft ist für Gabriele Moesgen und ihr Team ein wichtiges Thema. Deshalb gibt es ebenso Angebote, die sich explizit an die Väter richten.

Regina Kopp-Herr weiß um die Bedeutung individueller Angebote: „Wir müssen quartiersbezogene Möglichkeiten schaffen.“ Schließlich sei jedes Viertel und jede Bildungseinrichtung anders.

Gabriele Moesgen legt Wert auf die kulturelle Bildung. „Gerade nach den Einschränkungen der vergangenen zwei Jahre ist das ein wichtiger Impuls für Familien“, sagt sie. Deshalb holt sie mal die Musikschule und mal den afrikanischen Trommelkurs

ins Haus. „Bei uns entscheiden dann die Kinder, ob sie mitmachen möchten“, erklärt Gabriele Moesgen und schiebt hinterher: „Nicht das Portemonnaie der Eltern entscheidet.“

„Die Beteiligung von Kindern ist sehr wichtig“, wirft Regina Kopp-Herr ein. Erziehung und Familienleben sind nicht immer konfliktfrei, deshalb sei gerade die an die Kita angeschlossene Beratung wichtig. „Hier werden Eltern und Kinder am besten erreicht.“

►

Familienzentren sind uns ein wichtiges Anliegen. Deshalb möchten wir diese von Kitas auf die Grundschulen ausweiten.

◀

Auch am Familienzentrum in Krefeld sind die vergangenen zwei Jahre mit den Belastungen der Pandemie nicht spurlos vorbei gegangen. „Sehr schwierig“, nennt Gabriele Moesgen diese Zeit mit all der Unsicherheit und den Einschränkungen. „Allerhöchste Achtung, vor dem was Sie und viele andere Einrichtungen leisten“, sagt Regina Kopp-Herr.

So gerne Gabriele Moesgen sich um die Belange von Eltern und Kindern kümmert – so klar ist für sie: Einige Rahmenbedingungen sollten besser werden – im Sinne des Angebots



gebrauchen, sagt Gabriele Moesgen. Was würde das Krefelder Familienzentrum damit anfangen, möchte Regina Kopp-Herr wissen. „Wir würden Familienfreizeiten organisieren“, sagt Gabriele Moesgen. Keine drei Wochen sondern kurze Wochenendtouren in der Region, um Familien zu zeigen, was in der Umgebung möglich ist.

Es sind wichtige Impulse, die Gabriele Moesgen aus der Praxis spiegelt. „Das nehmen wir mit auf den Weg“, sagt Regina Kopp-Herr. Denn wir wollen Familienzentren stärken und sie auch an die Grundschulen in Nordrhein-Westfalen bringen. Zuallererst brauchen aus unserer Sicht vor allem Kommunen und Quartiere, die besonders stark von Bildungs- und Einkommensarmut betroffen sind, Familienzentren. Dort ist die niederschwellige Hilfe am meisten gefragt. Und wir stimmen zu: Die multiprofessionellen Teams in den Familienzentren brauchen für ihre wichtigen Aufgaben in Bildung, Betreuung und Erziehung mehr Zeit. Deshalb wollen wir Arbeit in Bildungsberufen attraktiver machen, um mehr Menschen zu gewinnen. Diese und weitere Forderungen haben wir in unserem Leitantrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen“ formuliert. So gelingt es, dass es viele weitere gute Angebote wie das Familienzentrum in Krefeld Linn gibt.



Regina Kopp-Herr

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag NRW

Zu unserem Leitantrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen: Aufbruch in ein selbstbestimmtes Leben. Nordrhein-Westfalen braucht eine Familien- und Bildungsoffensive!“:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-13777.pdf>

und im Sinne der Familien. „Denn personell kommen wir an unsere Grenzen.“ Viele administrative Aufgaben kosten sie und ihr Team enorm viel Zeit, die für die eigentliche Arbeit fehlt. Eine Bürokrat für ein paar Stunden in der Woche würde schon enorm helfen. Ohnehin werde es auch für die Kindertagesstätten immer schwieriger, Personal zu gewinnen. „Der Markt ist leer“, sagt Gabriele Moesgen. Fällt eine Kollegin oder ein Kollege länger aus, ist es kaum möglich, Ersatz zu finden. Und von denen, die da sind, wolle künftig kaum jemand Leitungsaufgaben übernehmen. „Die Arbeit ist vielen zu fernab vom Kind.“

Gabriele Moesgen ist sicher: „Wir müssen mehr Menschen gewinnen, die mit Herz und Seele dabei sind.“ Für Moesgen dürften Teams auch gerne bunter werden. Warum nicht die Kita öffnen für helfende Hände, die einen anderen beruflichen Hintergrund haben? So könnte es gelingen, dass die Kinder auch in der Ganztagsbetreuung das echte Leben kennenlernen.

Ein zweiter Punkt neben mehr Personal ist die finanzielle Ausstattung. Mehr Geld könne man natürlich immer

DIE KERNFORDERUNGEN aus unserem Leitantrag auf einen Blick

- Einsatz von kommunalen **Bildungslotsinnen und -lotsen**
- Ausbau von Grundschulen zu **Familienzentren**
- **Gebührenfreiheit** für Kitas und Offene Ganztagschulen
- **Ganztagsoffensive** mit Standards für Qualität, Räume und Personal
- 1.000 Schulen in herausfordernden Vierteln **finanziell besser ausstatten**
- **Verbindliche Tarifverträge** für alle Bildungsberufe und A13 für alle Lehrkräfte
- Einführung von **Familienarbeitszeitmodellen**

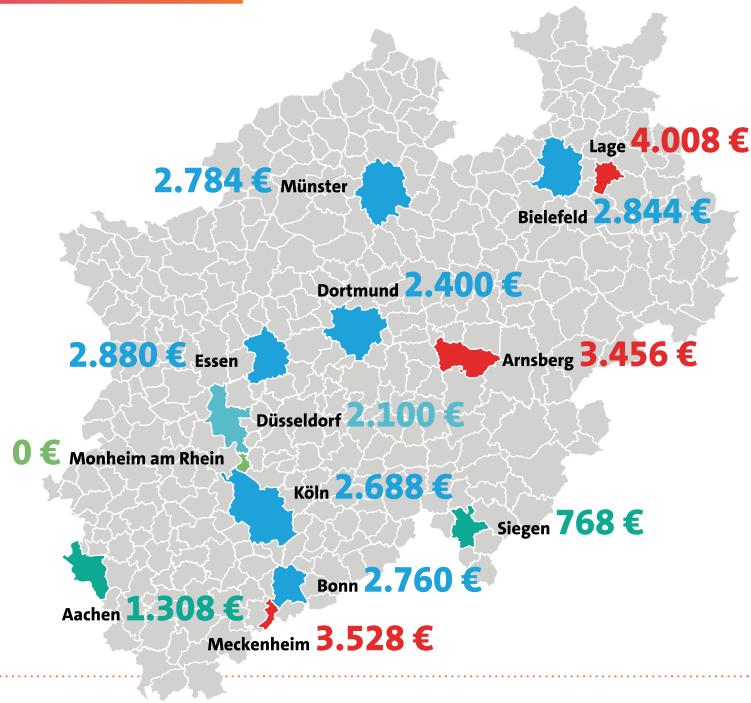
Flickenteppich der Kita-Kosten in Nordrhein-Westfalen.

Heute sind die Kita-Beiträge mehr vom Wohnort als vom Einkommen der Eltern abhängig.

Die Grafik zeigt die Kosten bei einem Jahresbruttoeinkommen von 43.050 Euro pro Jahr für ein Kind unter zwei Jahren in der 45-Stundenbetreuung.



Quelle: Recherche der TU Dortmund, Juni 2021



„Guter Ganztag an den Schulen kann enormes bewegen. Ganztagsangebote schaffen Bildungschancen. Und sie können herausfordernden Startbedingungen für Kinder und Jugendliche entgegenwirken. Denn immer noch gibt es einen viel zu starken Zusammenhang zwischen Herkunft und Zukunftsperspektiven eines Kindes.

Doch nur wenn es zwischen Schule und Jugendhilfe ein gemeinsames Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungskonzept gibt, können durch den Ganztag (OGS) Chancenungleichheiten beseitigt werden. Dann ist individuelle Förderung für jedes Kind möglich. Bildungspolitik ist gefragt, den richtigen Rahmen zu schaffen. Jedoch fehlt in NRW hierfür immer noch die gesetzliche Grundlage: ein Ganztagsgesetz. Seit März 2018 ist zudem klar, dass Familien ab 2026 einen Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz erhalten werden. So hat es die damalige Bundesregierung beschlossen. Wir haben damals im Landtag in einem Antrag gefordert, dass alle Beteiligten an einen Tisch geholt werden sollen, um gemeinsam an gutem Ganztag

Der Ganztag in NRW braucht mehr Plätze und mehr Qualität

Von Eva-Maria Voigt-Küppers

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag NRW

zu arbeiten. Schließlich werden durch den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz ab 2026 bis zum Sommer 2029 voraussichtlich 200.000 neue Plätze benötigt. Gemeinsame Vorbereitungen sind notwendig. Doch so ein Gremium lehnt die schwarz-gelbe Koalition bis heute ab. Dabei ist eine bessere Verzahnung der Akteure zentral, um den Rechtsanspruch erfüllen zu können – aber auch, um den Ganztag insgesamt zu stärken.

Bis heute hat die Landesregierung kein Konzept für den quantitativen und qualitativen Ausbau der Ganztagsbildung vorgelegt. So lässt die Landesregierung Kommunen, die Träger, die Schulen und auch die Familien allein. Sie wissen nicht, was sie in den nächsten Jahren zu erwarten haben. Wir fordern eine Ganztagsoffensive. Diese sieht unter anderem vor, mehr Personal für den Ganztag zu gewinnen. Die Beschäftigten dort arbeiten oft zu unattraktiven Konditionen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ganztag müssen volle und unbefristete Stellen erhalten können. Zu gutem Ganztag gehören multi-

professionelle Teams etwa mit Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern. Für sie müssen schnellstmöglich verbindliche Standards erarbeitet und die Finanzierung gesichert werden. In der schulischen Bildung darf niemand in prekären Arbeitsverhältnissen stecken. Wir haben verbindliche Qualitätsstandards für gute Bildung im Ganztag gefordert. Das hat zur Folge, dass wir deutlich mehr pädagogisches Personal brauchen. Wer guten Ganztag will, muss also heute anfangen auszubilden.

Wir brauchen mehr Plätze, wir brauchen mehr Qualität und wir brauchen mehr Bildung. Vor allem brauchen wir eine Landesregierung, die bei diesem Thema einen Gestaltungswillen zeigt und die Potentiale des Ganztags anerkennt.“

Unser Antrag „Eine Ganztagsoffensive für NRW. Mehr Plätze, mehr Qualität, mehr Bildung!“:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-14940.pdf>

Familien entlasten mit Gebührenfreiheit für alle Kitas in NRW

Wer die Kita-Gebühren in den Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen miteinander vergleicht, staunt ganz schön. Denn die Beiträge variieren zwischen den verschiedenen Kommunen gewaltig.

So zahlt eine Familie mit einem jährlichen Einkommen von 43.050 Euro für einen U3-Platz (45 Wochenstunden) in Monheim null Euro, in

Duisburg 3.024 Euro pro Jahr und in Lage im Kreis Lippe 4.008 Euro. Dieses Gebührenkonstrukt ist nicht nur un durchsichtig. Es produziert vor allem Ungerechtigkeiten, weil die Höhe der Gebühren von der finanziellen Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden abhängt. Wir haben daher in mehreren Anträgen formuliert, dass wir Kita-Gebühren komplett abschaffen und Familien gezielt entlasten wollen. Um Bildungsungleichheit in unserem Land zu beseitigen, wollen wir Eltern an dieser Stelle nicht zusätzlich belasten. Deshalb sagen wir: Weg mit den Gebühren. Nur das ist sozial

gerecht! Im Übrigen wollen wir Familien nicht nur bei den Kita-Gebühren entlasten. So haben wir in unserem Leitantrag „Zusammen aufwachsen in Nordrhein-Westfalen“ die Idee von Familienarbeitszeitmodellen formuliert. Denn wir wissen: Familien brauchen vor allem Zeit und Geld. Wir wollen ihnen beides geben.

Unser Antrag zur KiBiz-Reform in NRW:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-6252.pdf>

Versprochen – gebrochen!? Bilanz der schwarz-gelben Landesregierung

Was wurde versprochen?

Die schwarz-gelbe Landesregierung hatte sich als wichtiges Ziel auf die Fahne geschrieben, sowohl U3- als auch Ü3-Betreuungsplätze auszubauen.

Was ist passiert?

Nicht viel mehr als heiße Luft: Der Ausbau von Betreuungsplätzen ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. NRW liegt auf dem vorletzten Platz im Ländervergleich.

Was wurde versprochen?

CDU und FDP wollten ein unabhängiges und direkt gewähltes Landes-Jugendparlament schaffen, das über ein Antragsrecht gegenüber dem Landtag verfügen sollte.

Was ist passiert?

Es sollte ein Konzept erarbeitet werden, wie man ein Landesjugendparlament einrichten könnte – Ergebnis: unbekannt. Unseren Antrag für eine Kinder- und Jugendstrategie hat die Regierungskoalition abgelehnt.

Was wurde versprochen?

Schwarz-Gelb wollte eine 105-prozentige Lehrkräfteversorgung sicherstellen und das Schüler*innen-Lehrkräfte-Verhältnis verbessern.

Was ist passiert?

Zum 1. Januar 2021 gab es 5.399 unbesetzte Lehrer*innenstellen. Ganz zu schweigen von einer Unterrichtsgarantie. Ein Armutszeugnis!

Was wurde versprochen?

„Wir wollen den Unterrichtsausfall mit allen Mitteln abbauen“ versprachen die regierungstragenden Parteien.

Was ist passiert?

Im Jahr 2018/2019 sind 5,1 Prozent aller Unterrichtsstunden ausgefallen – das sind 3,3 Millionen Stunden.

Der acrylgläserne Abgeordnete

Corona meets Landtag



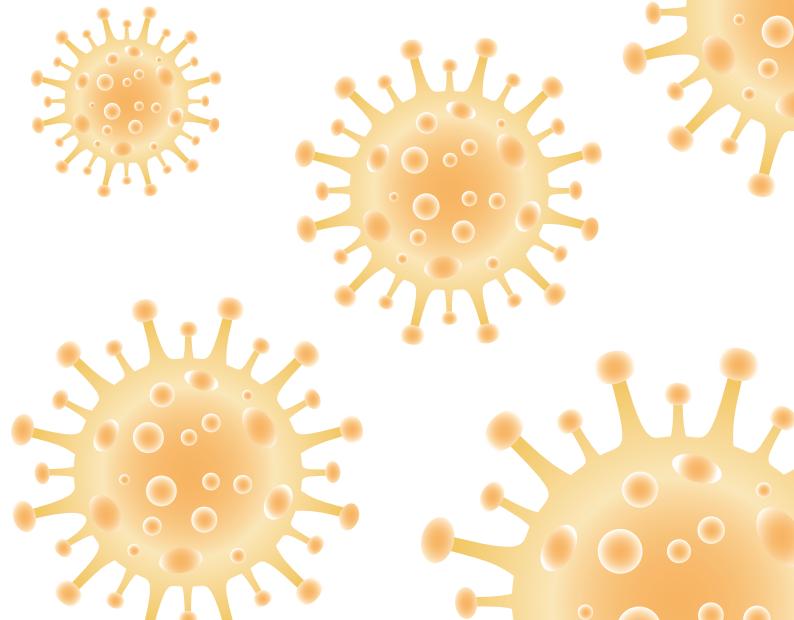
**Das Parlament ist ein klassischer Präsenzbetrieb
– von Corona wurde er neu definiert**

Von Sarah Philipp
Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

gefunden, wie der Landtag trotz der erforderlichen Einschränkungen handlungsfähig bleiben konnte.

Umfassende Home-Office-Regelungen, Live-Streaming aus den Ausschüssen, Abstimmung in Fraktionsstärke, Plenarbetrieb nur in dezimierter Besetzung – all das hat es ermöglicht, dass Sitzungen stattfinden und Entscheidungen getroffen werden konnten. Zudem wurde der Plenarsaal wie auch die Fraktionssäle mit transparenten Kabinen aus Acrylglas als Virenschutz ausgestattet. Mit dem Nachteil, dass man zwar niemanden mehr erkennen oder verstehen konnte, aber per Handzeichen konnte man wenigstens erahnen, wo die Wortmeldung herkommen sollte. Von wem war allerdings nicht wirklich ausgemacht, denn bei manchen Kolleginnen und Kollegen hatte sich der Haarwuchs hinter den Scheiben inzwischen so entwickelt, dass man sich schon gefragt hat, ob in der Zwischenzeit neu gewählt worden ist. Der acrylgläserne Abgeordnete erschien wie eine neue Spezies des Parlamentarismus. Erst als die Friseursalons wieder öffneten, zeigte sich sein wahres Antlitz.

Die Acrylglasscheiben gibt es nicht mehr. Die Haare sitzen wieder perfekt. Corona ist noch nicht vorbei. Aber ein bisschen Normalität ist zurückgekehrt in den Landtag. In der Pandemie hat er bewiesen, dass er sich für die Demokratie ins Zeug zu legen weiß. Das hat er alles in allem ziemlich gut hinbekommen.



Fraktionen, Plenum, Ausschüsse, Arbeitskreise – im Landtag vergeht kaum eine Woche, in der die Abgeordneten nicht zu regelmäßigen Sitzungen zusammenkommen. An etwas anderes als an Präsenzform ist dabei kaum zu denken. Schliesslich lebt der Parlamentsbetrieb von der direkten Rede, vom unmittelbaren Schlagabtausch und vom Zugang für die Öffentlichkeit.

Alles das, was das Wesen der gesetzgebenden Macht ausmacht, wurde mit Beginn der Corona-Pandemie völlig auf den Kopf gestellt. Wie in allen anderen Lebensbereichen auch musste sich der Landtag mit der neuen Situation auseinandersetzen. Eine Sitzung des gesamten Landtags mit 199 Abgeordneten und zahlreichen Mitarbeiterinnen, Mitarbeitern, Medienvertreterinnen und -vertretern? Undenkbar. Durchführung von Fachausschüssen in gewohnter Besetzung? Ebenfalls kaum vorstellbar. Mittags in der Kantine mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch aus den umliegenden Ministerien zusammensitzen? Auch das ließ sich auf gewohnte Weise nicht mehr bewerkstelligen.

Und doch musste der Betrieb weitergehen. Die Demokratie kann man nicht vom Netz nehmen. Sowohl die Landtagsverwaltung als auch die demokratischen Fraktionen haben in dieser für alle neuen Situation Weitsicht gezeigt und in schnellem Konsens einen Weg

Von der Herausforderung, Pandemie und Demokratie unter einen Hut zu bringen

Am Abend des 21. Januars 2021 überraschten die Fraktionen von CDU und FDP mit dem Entwurf eines neuen Pandemiegesetzes, das unter demokratischen Gesichtspunkten äußerst fragwürdig war.

Dieser Entwurf sah nämlich vor, die Rechte des Landtags massiv einzuschränken: So sollte nicht nur die Feststellung der pandemischen Lage ohne Befristung erfolgen. Nein, die schwarz-gelben Vorstellungen gingen deutlich weiter. Der Landtag sollte nicht mehr die Möglichkeit haben, die einmal festgestellte pandemische Lage wieder aufzuheben.

Eine Entmachtung des Parlaments? Nicht mit uns! Es galt nunmehr, verschiedenste Interessenlagen unter einen Hut zu bringen: Die Regierung sollte möglichst schnell und effektiv handeln können in pandemischen Krisenzeiten, das Parlament jedoch ein Mitspracherecht erhalten. Letztlich haben wir einen Kompromiss zwischen allen demokratischen Fraktionen erreicht und das Gesetz sowie einen gemeinsamen Änderungsantrag im März 2021 beschlossen.

Unser Änderungsantrag zum „Gesetz zur parlamentarischen Absicherung der Rechtssetzung in der COVID-19 Pandemie“: <https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-13172.pdf>

ANFRAGEN DER SPD-FRAKTION

Insgesamt wurden
3.045
Kleine Anfragen
gestellt*

und insgesamt
12
Große Anfragen
gestellt

Davon **1**
gemeinsame
Große Anfrage
mit den Grünen

Top 10:

1. Stefan Kämmerling **366**
2. Jochen Ott **228**
3. Eva-Maria Voigt-Küppers **169**
4. Dr. Dennis Maelzer **168**
5. Sarah Philipp **130**
6. Gordan Dudas **114**
7. Sven Wolf **103**
8. Thomas Kutschaty **97**
9. Frank Sundermann **96**
10. Anja Butschkau **90**

GESETZES-
INITIATIVEN

12 Gesetzesinitiativen insgesamt
12 weitere Gesetzesinitiativen gemeinsam mit
anderen Fraktionen, davon zwei mit den Grünen

Schulministerin in der Corona-Krise

Von Jochen Ott

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag NRW



Spätestens seit der Pandemie ist klar: Bildungsministerin Yvonne Gebauer ist mit ihrem Job überfordert. Mit mangelnder Führungsstärke und einem unzureichenden Krisenmanagement hat sie die Schulen Nordrhein-Westfalens durch die Corona-Jahre gebracht – mehr schlecht als recht. Beispiele dafür sind fehlende Luftfilter, immer wieder Chaos um die Antigen-Schnelltests und eine miserable Kommunikation mit den Schulen und Familien. Wirklich fassungslos hat uns allerdings gemacht, dass sich die Landesregierung ohne jede Strategie von Tag zu Tag gehangelt hat und die Schulen in der Luft hingen.

Ausgebredet haben das die Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Schulleitungen in NRW. Sie haben mit ihrem Durchhaltevermögen und einer hohen Frustrationstoleranz Verantwortung in der Krise übernommen. Ihnen gebührt unser großer Dank und unsere Anerkennung.

Während Ministerin Gebauer die Schülerinnen und Schüler nicht mehr berücksichtigte, sind wir mit ihnen im Gespräch geblieben: Wir haben uns wiederholt für einen Schulgipfel eingesetzt – doch dafür keine Mehrheit gefunden. Auf eigene Initiative hin haben wir dann drei Schulgipfel veranstaltet und mit den Schülerinnen und Schülern und Eltern gesprochen. Die daraus entwickelten Vorschläge für ein strategisches Pandemiemanagement in den Schulen haben wir der Landesregierung in zahlreichen Anträgen vor gestellt.

28. April 2020

DAS SCHUL-CHAOS MUSS EIN ENDE HABEN –
Schulen, Schüler und Eltern brauchen jetzt Ordnung, Orientierung und Struktur

9. September 2020

SPD und Grüne fordern Schulgipfel zur Lösung der drängendsten Bildungsprobleme in Zeiten von Corona

5. Januar 2021

NRW braucht im Lockdown einen Plan für die Schulen

25. März 2021

AUSSERSCHULISCHE LERNORTE SIND TEIL DER LÖSUNG, NICHT DES PROBLEMS

22. April 2021

EINE FÖRDEROFFENSIVE FÜR NRW:

Schülerinnen und Schülern in der Pandemie helfen

6. August 2021

WELCHE QUARANTÄNEREGELUNGEN GELTEN ZUM SCHULSTART?

26. August 2021

Kein Geld für Luftfilter – Kinder und Jugendliche werden wieder enttäuscht

7. September 2021

LANDESREGIERUNG MUSS QUARANTÄNE-REGELN IN SCHULEN JETZT AUCH UMSETZEN

26. November 2021

Mehr Sicherheit an Schulen – Rückkehr zur Maskenpflicht jetzt!

13. Januar 2022

Landesregierung hat keinen Plan B für die Schulen

2. März 2022

Lehrkräftemangel, Finanzierungswirrwarr und Corona-Chaos – zum Ende der Legislatur ist in der Bildungspolitik viel zu tun

Auch wenn die Corona-Pandemie noch nicht überstanden ist, müssen wir den Blick nach vorne richten. Wir müssen jetzt Lehren aus den Erfahrungen während der Pandemie ziehen und Maßnahmen ergreifen, die unser Bildungssystem auf eine nachhaltige, zukunfts- und krisenfeste Basis stellen. Damit sich Vergangenes nicht wiederholt, wollen wir unsere Schulen besser ausstatten – nicht nur mit Luftfilteranlagen, sondern auch mit dem neuesten Stand der digitalen Technik. Damit wäre zukünftig zur Not digitaler Unterricht im Distanzlernen, aber auch digitales Lernen in Präsenz möglich.

Unsere Initiativen zu Schule unter Corona-Bedingungen:

<https://www.spd-fraktion-nrw.de/timeline/>

Ein Rettungsschirm für die Wirtschaft – nicht für die Landesregierung



Michael Hübner

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag NRW

Als es still wurde auf den Straßen und das gesellschaftliche Leben förmlich zum Erliegen kam, war schnell klar, dass dieser Einschnitt für viele Menschen in unserem Land existenzbedrohend sein würde.

Gastronomiebetriebe, Friseure, Event-Veranstalterinnen, Künstlerinnen und Künstler, Sportbetriebe, Einzelhändler und viele mehr standen durch die verschiedenen Corona-Wellen buchstäblich im Regen. Für uns als SPD-Fraktion war es deshalb geradezu Pflicht und eine absolute Selbstverständlichkeit, dass wir sofort zu Beginn der Pandemie gemeinsam mit allen demokratischen Fraktionen des

Landtags den NRW-Rettungsschirm ins Leben gerufen haben. Mit diesem Rettungsschirm hat der Landtag innerhalb kürzester Zeit ein Sondervermögen in Höhe von 25 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt, um die direkten und indirekten Folgen der Corona-Krise abzufedern.

So war es jedenfalls gedacht. Tatsächlich aber entpuppte sich der Rettungsschirm im Laufe der Zeit als eine Art Nebenkasse für den NRW-Finanzminister. Bis 2022 (Haushalte 2020 bis 2022) will sich die Landesregierung mit rund 3,4 Mrd. Euro daraus bedienen, um ihre Löcher im Landshaushalt zu stopfen und damit den Schein von einem schuldenfreien Haushalt aufrechtzuerhalten. Das ist nicht einfach nur ein finanzpolitischer Taschenspielertrick. Die Regierung Wüst enthält – wie auch schon die Regierung Laschet – den Menschen in unserem Land damit notwendige Hilfen vor. Wir haben dagegen einen anderen Ansatz verfolgt. Unser Ziel war und ist ein sozialer und wirtschaftlicher Neustart. Wir wollten das Geld aus dem Rettungsschirm stets dafür nutzen, soziale Ungerechtigkeiten in

Folge der Pandemie zu verhindern. Dazu sollte ein Fonds in Höhe von 10 Mrd. Euro aus dem Rettungsschirm dienen, um Existenz und Arbeitsplätze zu sichern, die Handlungsfähigkeit der Kommunen wiederherzustellen, Innenstädte lebenswert zu halten, Eltern finanziell zu entlasten und Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. Mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket wollten wir die Krise meistern und den Neustart in NRW wagen. Die Vorschläge für das Programm kamen dabei auch von Gewerkschaften, aus der Wirtschaft, Zivilgesellschaft, dem Ehrenamt und zahlreichen Verbänden. Sie sind im Dialog mit den Menschen in NRW entwickelt worden, damit zielgerichtet gehandelt werden kann.

Leider haben sich die Fraktionen von CDU und FDP nicht dazu durchringen können, unserem Neustartprogramm zuzustimmen. Mit ihrer Ablehnung haben sie den Menschen in NRW geschadet und die notwendige Unterstützung für Millionen blockiert. Die Erstattung der Steuerausfälle für den Landshaushalt war ihnen wichtiger. Die Betroffenen wurden so ein zweites Mal im Regen stehen gelassen.

Biersteuer erstatten

Damit Hopfen und Malz nicht verloren sind

Corona bedeutet für Gastronomie und Veranstaltungsbranche vor allem eins: Stillstand.

Bar- und Restaurantschließungen ließen auch den Umsatz der zuliefernden Brauereien dramatisch sinken. Dies trifft vor allem die regional ausgerichteten und oft familiengeführten Mittelstandsbrauereien. Teilweise mussten sie produzierte Biermengen aufgrund der begrenzten Haltbarkeit des Produktes sogar vernichten.

Branchenkenner befürchten, dass die regionale Biervielfalt in NRW durch diese Krise nachhaltig gefährdet ist.



Wir finden: Es sind gerade die regionalen Brauereien, die das Heimatgefühl betonen, die lokale Identität stärken und nicht zuletzt lokale Arbeitsplätze und die Steuerkraft der Standortgemeinden sichern. Wir wollen drohende Insolvenzen in der Braubranche ab-

wenden und haben daher Unterstützung aus dem NRW-Rettungsschirm gefordert: Vielen kleinen und mittleren Brauereien wäre mit einer Erstattung der Biersteuer in Höhe von rund 20 Millionen Euro über drei Jahre geholfen. Damit Hopfen und Malz nicht verloren sind, wenn die Menschen wieder in den Biergärten sitzen können.

Unseren Maßnahmenvorschlag haben wir zuletzt am 20. Januar 2022 im Haupt- und Finanzausschuss diskutiert. Leider wurde auch dieser Vorschlag von der Koalition aus CDU und FDP abgelehnt.



Maximal
Mensch.

Statt maximal
Gewinn.

GemeindeschwesterPlus:

Lisa-Kristin Kapteinat im Gespräch mit Eva Müller



Fangen wir mal möglichst allgemein an. Was ist eine „GemeindeschwesterPlus“ überhaupt?

Eine Gemeindeschwester berät und unterstützt hochbetagte Menschen in ihrer aktuellen Lebenssituation. Wir sind Pflegefachkräfte aus der Kranken- und Altenpflege, die langjährige Berufserfahrung mitbringen. Und unsere Klientinnen und Klienten werden etwa zu vorbeugenden gesundheitlichen Vorkehrungen beraten, um eine Pflegebedürftigkeit möglichst lange zu vermeiden. Dabei sind wir nicht nur beratend tätig, sondern vermitteln auch zwischen regionalen und sozialen Unterstützungsnetzwerken. Angestellt wird wir bei der Stadt oder dem zuständigen Kreis. Auch Sozialstationen sind Anstellungsträger.

Bislang gibt es das Projekt seit 2015 in Rheinland-Pfalz. In unserem Leitantrag zum sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik haben wir gefordert, das Projekt auch in NRW zu starten. Warum halten Sie das Projekt für besonders wichtig?

Es ist ein Weg hin zu einer Langzeitstrategie in der Pflege- und Gesundheitsbranche. Deshalb ist es wichtig, dass wir ein Gesamtkonzept brauchen, um unsere Pflegelandschaft auf zukunftsfähige Beine zu stellen. Mit Blick darauf, dass unsere Bevölkerung immer älter wird und wir gleichzeitig weniger Personal in den Gesundheits- und Pflegeberufe haben ist es nur richtig, Menschen so lange wie möglich selbstbestimmt in ihren gewohnten Begebenheiten leben zu lassen. Die GemeindeschwesterPlus leisten hier einen wichtigen Beitrag.

Sie sind jetzt seit einigen Jahren als Gemeindeschwester-Plus tätig. Wie ist es dazu gekommen?

Ich habe vorher 39 Jahre in der Pflege gearbeitet. Aber wegen gesundheitlicher Einschränkungen wurde das für mich immer schwieriger. Ich habe mich dann nach Alternativen umgeschaut, in der ich meine Erfahrungen in der ambulanten und stationären Pflege einbringen kann. Das Projekt der „GemeindeschwesterPlus“ ist da natürlich ideal: Erfahrung ist nämlich Einstellungsvoraussetzung und wirklich das A und O. Nur die Fachkraft sieht, riecht, hört was in einem Haushalt passiert.



Eva Müller, Pflegefachkraft im Projekt
Gemeindeschwesterplus in Kirchheimbolanden,
donnersberg.de

Was ist in Ihrem Arbeitsalltag besonders wichtig?

Der Kontakt zu Menschen ist unerlässlich. Pflege besteht nicht nur aus technischen Bewegungen. Es muss ausreichend Zeit für Gespräche geben – deshalb ist das Kernstück der Arbeit auch der präventive Hausbesuch. Ansonsten ist die Arbeit wirklich sehr vielfältig.

Mit welchen Menschen arbeiten Sie zusammen?

Gut zwei Drittel meiner Klientinnen und Klienten sind über 80 Jahre alt. Männer sind grundsätzlich schwieriger zu erreichen als Frauen, aber das darf man nicht zu sehr verallgemeinern. Viele Menschen ziehen sich zurück, wenn Partnerin oder Partner, Freunde und Verwandte versterben und wegziehen. Da ist es manchmal gar nicht so leicht, einen Draht aufzubauen. Aber das ist alles eine Frage der Empathie und der Offenheit.

Können Sie uns sonst noch Erfahrungen mit auf den Weg geben?

Es ist wichtig, dass das Projekt nicht auf eine zu kurze Zeit befristet ist. Man braucht Zeit, um Netzwerke und Strukturen auf- und auszubauen. Ziel ist es doch, dass hochbetagte Menschen möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben im gewohnten Umfeld führen können. Dafür müssen Angebote für die Bewegung und gesunde Ernährung und Begegnungsmöglichkeiten geschaffen werden. Und das kann nicht von heute auf morgen umgesetzt werden.



Lisa-Kristin Kapteinat

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag NRW

Unser Antrag „Prävention und soziale Teilhabe von Seniorinnen und Senioren stärken! Pflegebedürftigkeit und Vereinsamung strukturell entgegenwirken! GemeindeschwesterPlusModelle in NRW erproben!“:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-15641.pdf>

Ein Missstand nach dem nächsten fällt:

Vier Offensiven für ein starkes Gesundheitssystem

Eine große Stele reiht sich an die nächste. Darauf steht in großen Lettern geschrieben, was schief läuft im Gesundheitssystem in Nordrhein-Westfalen. „Fachkräftemangel in der Pflege“, „unterfinanzierte Krankenhäuser“, „2-Klassen-Medizin“, „fehlender Respekt“, „Personalmangel“, „Überlastung“, Niedrige Löhne.“ Diese Reihe dramatischer Missstände ließe sich beliebig forschreiben. Denn diese Beispiele sind nur die ersten, die ins Auge fallen. Auf jeder weiteren Reihe der weißen Stehlen gibt es einen weiteren Einblick in die Abgründe des Gesundheitssystems.

Diese Installation haben wir im November vor dem Düsseldorfer Landtag errichtet. Denn es reicht nicht, Probleme im parlamentarischen Betrieb zu besprechen. Es geht darum, im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern Herausforderungen zu benennen und Lösungen anzubieten.

Dass es um Lösungen geht, beweist auch die Installation vor dem Landtag. Denn alle Stelen haben eine gemeinsame Aufschrift. „Weg damit!“ steht drauf – rot und in Großbuchstaben. „Weg damit!“ Um aufzuzeigen wie das funktioniert, stellen Thomas Kutschatay, Lisa-Kristin Kapteinat und unser gesundheitspolitischer Sprecher Josef Neumann die Installation der Öffentlichkeit vor.



Thomas Kutschatay macht deutlich, dass die Summe an Missständen inzwischen zu einer problematischen Gemengelage geführt hat: „Der Zustand des Gesundheitssystems in NRW ist nicht länger hinnehmbar. Denn schon ohne die Belastung durch die Pandemie ist klar: Unser Gesundheitssystem bietet nicht die besten Bedingungen.“ Sowohl auf Seiten der Beschäftigten als auch der Patientinnen und Patienten gilt das. Die Patientinnen und Patienten würden zu „Fallpauschalen“. Das Personal in der Pflege wiederum sei überlastet und unterbezahlt, so Thomas Kutschatay. Der Blick auf wichtige Daten macht deutlich, dass sich die Lage immer weiter verschärft. 2017 waren in Nordrhein-Westfalen knapp 11.000 Vollzeitstellen in der Pflege offen. 2019 waren es schon mehr als doppelt so viele – nämlich mehr als 23.000 Vollzeitstellen. „Wir müssen gegensteuern“, sagt Thomas Kutschatay. „Denn Gesundheit ist unser höchstes Gut.“

„Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist dabei nicht Gewinnmaximierung. Der Maßstab für ein gutes Gesundheitssystem ist eine gesunde Bevölkerung“, sagt Lisa-Kristin Kapteinat. Doch wie soll das gelingen?



Thomas Kutschat, Lisa-Kristin Kapteinat und Josef Neumann rollen vier große rote Plastikbälle vor die aufgereihten Stehlen. Die Aufschriften der Bälle geben die Antwort. Vier Offensiven für ein gutes Gesundheitssystem sind verteilt auf die vier Bälle notiert. Offensive „Respekt und gute Arbeit“ steht auf dem ersten der Bälle. Auf den anderen sind die Offensiven Gute Gesundheit vor Ort“, „Gleicher Zugang zur Gesundheit für alle“ und „Zukunfts- und krisenfeste Versorgung“ notiert. Es sind die Offensiven, die wir in unserem Leitantrag „Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik“ formuliert haben.

Hinter jeder der Offensiven steckt eine Reihe an Maßnahmen – alle mit dem Ziel, der schieren Masse an Missständen effektiv zu begegnen. Mit der Offensive „Respekt und gute Arbeit“ soll unter anderem die Tarifbindung in der Langzeitpflege gestärkt werden. Auch eine insgesamt bessere Entlohnung und eine Personalbemessung, die am tatsächlichen Personalbedarf orientiert ist, sollen die Arbeit in der Pflege attraktiver machen.

Die Offensive „Gute Gesundheit vor Ort“ bedeutet, den Kahlenschlag in der Krankenhauslandschaft in Nordrhein-Westfalen zu verhindern. Stattdessen vorgesehen sind ein Konzept für eine wohnort-

nahe Versorgung und ein Zukunftsprogramm zur Digitalisierung des Gesundheits- und Pflegebereichs von drei Milliarden Euro.

Die Offensive „Gleicher Zugang zu Gesundheit für alle“ soll dem Ärztemangel in unversorgten Regionen und benachteiligten Stadtteilen entgegenwirken. „Alle Menschen in NRW verdienen die beste Versorgung unabhängig vom Geldbeutel“, sagt Lisa-Kristin Kapteinat. Die vierte Offensive „Zukunfts- und krisenfeste Versorgung“ bedeutet bessere Prävention. Dafür soll unter anderem das Thema Gesundheit im Lehrplan der Schulen verankert werden. Ebenso sollen die mediale Gesundheitsaufklärung vorangebracht und niederschwellige Gesundheitsangebote geschaffen werden.

Aus diesem Bündel an Maßnahmen soll eine starke Wirkung entstehen. Wie stark – das zeigen Thomas Kutschat, Lisa-Kristin Kapteinat und Josef Neumann vor dem Landtag. Alle drei haben einen der großen roten Bälle in ihren Händen. Einige Meter vor den großen weißen Stehlen stellen sie sich in einer Reihe auf. Dann kommt der Countdown. „Drei, zwei, eins“. Alle drei stoßen ihren Ball mit voller Wucht von sich weg. Die roten Kugeln nehmen an Geschwindigkeit auf, während sie über den Boden rollen. Dann hat die erste Kugel die Stehlen erreicht. Rums – so knallt sie gegen

den ersten Aufsteller, touchiert noch weitere. Die kippen einer nach dem anderen nach hinten über. Und wie beim Domino fallen noch mehr Missstände im Gesundheitssystem zu Boden.

Die anderen Kugeln folgen kaum einen Augenblick später. Sie scheppern in die verbleibenden Stelen. Schon sind alle getroffen. Der beeindruckende Wald der Missstands-Stelen ist abgeräumt. Kreuz und quer liegen sie auf dem Boden. Nun ist der Blick frei auf ein großes Banner. „Maximal Mensch. Statt maximal Gewinn“ steht darauf geschrieben und darunter der Hashtag „#Sozialer Neustart“. „Genau das soll in unserem Gesundheitssystem wieder gelten“, sagt Thomas Kutschat und verspricht: „Wir kämpfen für eine gute und sichere Versorgung nah am Wohnort – auch auf dem Land, auch in benachteiligten Stadtteilen.“ Denn selbstverständlich sei eine gute Gesundheitsversorgung nicht. „Man muss viel in sie investieren – im Sinne der Beschäftigten und der Patientinnen und Patienten.“

Zu unserem Leitantrag „Eine bessere Gesundheits- und Pflegeversorgung für Nordrhein-Westfalen: Für einen sozialen Neustart in der Gesundheits- und Pflegepolitik!“:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/www/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-14076.pdf>





Nein zu Krankenhausschließungen!

30. Januar 2018. Die Rheinische Post titelt: „Notfall-Ambulanz schickt Eltern mit krankem Säugling weg“

3. Februar 2020. Die Neuss-Grevenbroicher Zeitung titelt: „Krankes Baby aus Essen bekam erst in Neuss einen Klinikplatz“

8. November 2021. Die Rheinische Post titelt: „Düsseldorfer Uniklinik stoppt stationäre Aufnahme von Intensiv-Patienten“

Drei Geschichten, drei Schicksale, drei Beispiele, die zeigen, wie fragil die Krankenhausversorgung in NRW sein kann. Wenn es ernst wird, will niemand zittern, ob er oder sie nun bestmöglich behandelt werden kann. Bei einem Notfall kommt es auf jede Minute, ja jede Sekunde an.

Doch dann ist das nächste Krankenhaus einfach voll. Dort geht nichts und die Fahrt mit dem Krankenwagen geht zum nächsten oder übernächsten Krankenhaus. Wenn es denn überhaupt noch eine Klinik in der Nähe gibt. Denn gerade kleinere Krankenhäuser in ländlichen Gebieten bangen in NRW um ihre Zukunft. Der finanzielle Druck ist zu hoch. Und so kann es in Zukunft dauern und dauern und dauern, bis sich Ärztinnen und Ärzte endlich um den Notfall kümmern können.



Noch sind späte oder fehlende Versorgung nicht die Regel in Nordrhein-Westfalen. Doch gerade die Corona-Pandemie hat allen gezeigt, wie knapp es in der Krise werden kann. Die Lehre muss eindeutig sein: Ein leeres Krankenhausbett ist kein Skandal, sondern eine notwendige Vorsorge für schwierige Zeiten. Umso erschreckender ist, dass die Landesregierung diese Warnzeichen offenbar nicht erkennt. Dass bei ihr maximal Profit, statt maximal Mensch gilt. Dass für sie geschlossene Kliniktüren offenbar kein Grund zur Sorge sind. Denn die Landesregierung treibt eine Krankenhausplanung voran, mit der der Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft droht. Es drohen Schließungen überall in NRW. Wir lehnen das ab – und haben das auch deutlich in unserem Leitantrag zu den Themen Gesundheit und Pflege zum Ausdruck gebracht.

Und die Menschen in NRW tun es auch. Die überwiegende Mehrheit wünscht sich eine ortsnahen Krankenhausversorgung. Die Menschen wissen, wie wichtig das ist. Ihr Notfall soll nicht in einer dramatischen Zeitungsschlagzeile enden. Die Tür der nächsten Klinik soll nicht für immer verschlossen sein. Und auch der Blick auf die Zahlen zeigt, wie wichtig jedes einzelne Krankenhaus in Nordrhein-Westfalen ist. Die Zahl der stationär behandelten Kranken in NRW stieg vom Jahr 2010 bis zum Jahr 2019 um mehr als zehn Prozent. 2010 waren es knapp 4,2 Millionen Menschen. 2019 waren es mehr als 4,6 Millionen. Dazu passt es nicht, Kliniken einfach dicht zu machen. Auch kleinere Häuser leisten einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit.



DIE KERNFORDERUNGEN aus unserem Leitantrag auf einen Blick

- Fachkraftquote in der stationären Altenpflege erhalten
- Tarifbindung in der Langzeitpflege stärken
- Kein Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft
- Erprobung des **GemeindeschwesterPlus**-Modells
- Niedrigschwellige Zugänge zur **Gesundheitsberatung** schaffen
- Sicherstellung der **wohnortnahmen Grundversorgung** in Verzahnung mit ambulanter und stationärer Versorgung
- 3 Milliarden Euro für die **Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich**

Wir wollen ein landesweit gestaffeltes Versorgungskonzept, das aus einer wohnortnahmen Grundversorgung, einer Schwerpunktversorgung und einer spezialisierten und hochqualifizierten Maximalversorgung besteht. Diese Bereiche müssen miteinander verzahnt sein. Besonders in den Blick nehmen müssen wir die Kinderkliniken im Land. „An Kinderkliniken in NRW drohen Versorgungsengpässe“, titelte etwa Die Glocke am 29. Oktober 2021. Auch in diesem Bereich der

Versorgung gibt es also Warnzeichen. Deswegen kann es nicht nur um Erhalten gehen. Wo es eine Unterversorgung gibt, wie zum Beispiel in der Kinder- und Jugendmedizin, müssen neue Kapazitäten aufgebaut werden.

Es geht um nicht weniger als eine sichere Versorgung für alle Menschen in NRW.

Versprochen – gebrochen!?

Bilanz der schwarz-gelben Landesregierung

Was wurde versprochen?

Dem drohenden Fachkräftemangel in der Pflege wollten CDU und FDP unter anderem mit erweiterten Ausbildungskapazitäten begegnen.

Was ist passiert?

Im Jahr 2017 waren es 10.092 offene Stellen im Pflegebereich. Ende 2019 fehlten bereits 23.763 Vollzeitstellen in der Pflege – mehr als doppelt so viele.

Was wurde versprochen?

Die schwarz-gelbe Landesregierung wollte sich dafür einsetzen, dass jeder pflegebedürftige Mensch selbst oder mit der Familie entscheiden kann, wie und wo sie oder er wohnt.

Was ist passiert?

Von wegen freie Entscheidung: In NRW ist ein Heimplatz mit 2.460 Euro Eigenbeteiligung deutlich teurer als im Bundesdurchschnitt (2.068 Euro).

Was wurde versprochen?

Eine Interessenvertretung für alle Pflegenden sollte es laut der regierungstragenden Parteien geben – sofern die Pflegenden dies wollen.

Was ist passiert?

1.500 Pflegekräfte wurden befragt mit dem Ziel, eine Pflegekammer einzuführen. Von Urabstimmung also keine Rede. Das stieß auf massiven Widerstand – mit dem Ergebnis, dass die Landesregierung Beitragsfreiheit für die Pflegekammer bis 2027 in Aussicht stellen musste.

Was wurde versprochen?

Um eine hochwertige, innovative, flächendeckende und wohnortnahe Patientenversorgung sicherzustellen, wollte die Landesregierung leistungsfähige Krankenhausstrukturen sicherstellen.

Was ist passiert?

Die Angst vor dem Kahlschlag in der Krankenhauslandschaft geht um. Vor allem im Ruhrgebiet und im ländlichen Raum befürchten Menschen die Schließung von Abteilungen und ganzen Kliniken.

75 Jahre NRW

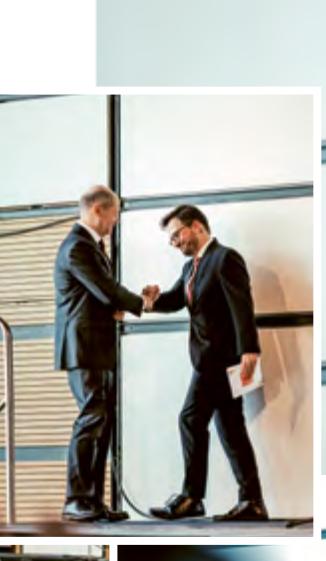
75 Jahre SPD-Fraktion

75 Jahre Nordrhein-Westfalen: das sind Jahre des Wiederaufbaus, Jahre des Zusammenwachsens, Jahres des Wirtschaftswunders mit NRW als Motor und herausfordernde Jahre des Strukturwandels. Heimat von 18 Millionen Menschen, Kultur, Sport, Industrie, Fortschritt und Natur an Rhein, Ruhr und Lippe.

75 Jahre Landtag: Wir waren immer dabei. Abgeordnete der SPD saßen von der ersten Stunde an im Parlament, um das demokratische Fundament unseres Bundeslandes mit Leben zu füllen und unsere Heimat mitzugestalten.

Dieses Jubiläum haben wir gerne gefeiert – mit langjährigen Wegbegleiterinnen und -begleitern, mit altbekannten Gesichtern und mit guten Freundinnen und Freunden.





*Mehr Bauen
+ Mieten
runter*

**= gutes
Wohnen**



Interview von Christian Dahm mit Schauspielerin Berit Künnecke:

Für gutes und bezahlbares Wohnen

Tatort „Die dritte Haut“

Der in Berlin spielende Tatort „Die dritte Haut“ setzt sich unter anderem mit Entmietungsmethoden auseinander. Die Schauspielerin Berit Künnecke, die darin eine alleinerziehende Mutter von zwei Kindern spielt, berichtete auf unserer Zukunftskonferenz „Von Grund auf fair“ von der Vorbereitung auf die Rolle und ihren eigenen Erfahrungen.

Wir haben im Film etliche Personen gesehen, die wohnungssuchend sind. Haben Sie in Vorbereitung auf Ihre Rolle dazu recherchiert oder sogar selbst Erfahrungen gesammelt?

Ich habe längere Zeit in einem Heim für obdachlose Familien in Berlin gearbeitet, bevor ich den Tatort gemacht habe. Da bin ich mit vielen Familien ins Gespräch gekommen und habe erfahren, dass es oft gar nicht viel braucht, um das Dach über dem Kopf zu verlieren – eine Phase der Arbeitslosigkeit oder Krankheit, eine Trennung. Und es war vor Jahren schon schwierig, für diese Menschen wieder Wohnungen zu finden. Inzwischen ist es fast unmöglich geworden. Für Leute, die ein geringes Einkommen haben oder Hartz IV beziehen oder Aufstocker sind, die Leute haben jetzt auf dem Wohnungsmarkt in Berlin eigentlich keine Chance mehr. Und das ist wirklich tragisch.

Der Tatort war in meinen Augen einer der gesellschaftskritischsten Tatorte der letzten Jahre. Aber es ist natürlich ein Film. Ist das Wirklichkeit in Berlin oder wie würden Sie die Wohnungs situation – ich könnte jetzt auch sagen hier in Düsseldorf, in Köln, in Bochum, in Dortmund – beschreiben?

Es ist leider genau so! Ich würde mir wünschen, dass es überzeichnet ist, aber leider ist das die Wirklichkeit. Ich habe es selber miterlebt: Bei einer Freundin wurde über Monate die Erdgeschosswohnung in einem Altbau geflutet, weil die Rohre außerhalb der



Christian Dahm und Berit Künnecke auf unserer Zukunftskonferenz „Von Grund auf fair“ im November 2021.

Wohnung, die das Regenwasser transportieren sollten, zu alt waren und nicht gereinigt wurden. Die Hausverwaltung war nicht zu erreichen. Sie hatte einen Dielenboden, der war ständig aufgequollen und es hat gestunken. Sie ist dann letztendlich aus Berlin weggezogen. Und am Tag, nachdem diese unerreichbare Hausverwaltung die Kündigung bekommen hat, hat sie bei ihr angerufen und nachgefragt, wann sie denn nun den neuen potenziellen Mieter die Wohnung zeigen können. Diese Wohnung wurde innerhalb von einer Woche für 250 Euro mehr vermietet. Also es passiert so. Der Wohnungsmarkt ist wirklich verzweifelt.

Wohnen scheint mir eine der zentralen sozialen Fragen dieses Jahrzehnts zu sein. Die Menschen sorgen sich, sich Wohnraum in der von ihnen bevorzugten Lage nicht mehr leisten zu können.

Bei uns in Berlin-Neukölln sind die Mieten in den letzten zehn Jahren

um 146 Prozent gestiegen. Also geht es nicht mehr darum, ein wenig mehr Euros im Monat zu verdienen, sondern sein Einkommen auf Dauer zu verdoppeln, um sich eine Wohnung leisten zu können.

Realität auch in vielen Kommunen Nordrhein-Westfalens. Der Markt alleine wird das nicht regeln, da muss auch der Staat mehr tun. Genau das fordern wir in unserem Leitantrag.

Ich habe lange Zeit in London gelebt und finde, das ist ein wirklich ganz schlechtes Beispiel dafür, was geschieht, wenn sich der Staat oder die Stadt komplett aus der Regulierung des Wohnungsmarkts rauszieht und kein Interesse daran hat, Sozialwohnungen zu bauen. Die Anfänge davon sehe ich nun auch in Berlin. Ich bin da absolut für die Regulierung und ich muss sagen, ich bin auch für den Mietendeckel.

Vielen Dank für das Gespräch.



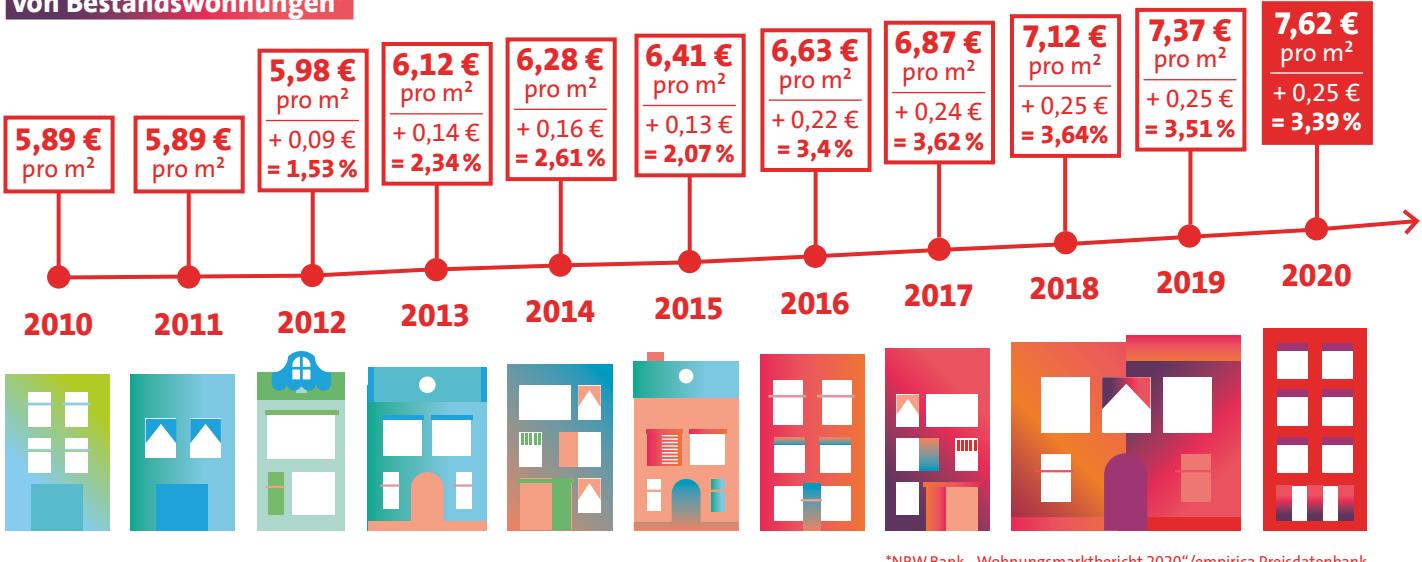
Christian Dahm
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag NRW

Zu unserem Leitantrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik: Nordrhein-Westfalen braucht gutes und bezahlbares Wohnen für alle Menschen!“:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-14279.pdf>

Wohnen in NRW – die rote Linie ist überschritten

Durchschnitt in NRW für Wiedervermietung von Bestandswohnungen*



*NRW.Bank, „Wohnungsmarktbericht 2020“/empirica Preisdatenbank

NRW ist ein Mieterland.

Von den 18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern wohnen über 10 Millionen Menschen zur Miete.

Die Mieten in NRW schnellen in die Höhe:

Bei Neubauten sind die Mieten zwischen 2010 und 2018 um bis zu 29 Prozent gestiegen. Die Reallöhne sind jedoch nur um durchschnittlich 11 Prozent angewachsen. Damit nimmt die Miete einen immer größeren Anteil des zur Verfügung stehenden Geldes pro Monat ein.

Wer für Miete und

Nebenkosten mehr als 30 Prozent des Haushaltseinkommens ausgeben muss, gilt als überlastet. In Düsseldorf trifft das auf 56,1 Prozent aller Miethaushalte zu, in Köln auf 55, in Bochum auf 52. Am stärksten betroffen gelten Haushalte mit geringen Einkommen und Single-Haushalte.

Die Anzahl der Wohnungen mit Mietpreisbindung sinkt dramatisch:

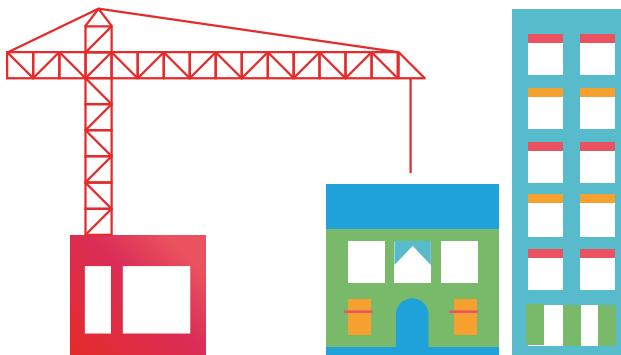
Im Jahr 2019 gab es 456.783 mietpreisgebundene Wohnungen. Das ist seit 2000 (887.644 Wohnungen) ein Rückgang von knapp 50 Prozent.

NRW braucht einen Neustart in der Wohnungspolitik



Offensive „Starker und bezahlbarer Wohnungsbau NRW“

► In unserem Leitantrag fordern wir, mehr Geld in die Wohnraumförderung zu investieren und damit mehr Wohnungen mit Mietpreisbindung zu schaffen. Außerdem wollen wir durch vereinfachte Antragsverfahren die Eigentumsförderung stärken und Gründungen von Wohnungsunternehmen fördern, für die die Menschen statt der Profit im Mittelpunkt stehen. Wir streben auch den Aufbau einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft an, um Kommunen und öffentliche Bauträger dabei zu unterstützen, preisgebundenen Wohnraum zu schaffen.



Offensive „Gemeinwohlorientierte Bodenpolitik“

► Mit dieser Offensive aus unserem Leitantrag wollen wir Spekulationen auf Grund und Boden unterbinden, um die Entwicklung der Grundstückspreise im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner einzudämmen. Außerdem schaffen wir Anreize für Investoren und Familien: Wir gleichen die Grunderwerbsteuer über ein Landesprogramm aus, wenn Investoren mietpreisgebundene Wohnungen bauen oder Familien mit Kindern erstmalig Wohneigentum erwerben. Wir nutzen die rechtlichen Chancen und ermöglichen Kommunen, Grundstücke preisgünstig über ein Vorkaufsrecht zu erwerben, um dort günstige Mietwohnungen zu bauen.



Offensive „Mieterschutzland NRW“

► Mieterschutz ist das A und O. Diesen wollen wir auf alle betroffenen Gebiete ausweiten. Zurzeit sind dies in NRW nur 18 Kommunen, während in Bayern entsprechende Regelungen in 162 Kommunen gelten. Darüber hinaus wollen wir die gewerbsmäßige Vermietung von Wohnungen (zum Beispiel über Airbnb an Touristen) begrenzen.



Offensive „Gut und sicher leben Zuhause“

► Mit einem Investitionsprogramm wollen wir familienfreundliche und lebenswerte Städte fördern. Ein Dach über dem Kopf zu haben, ist das eine. Ein Zuhause zu haben, dafür braucht es mehr: die kurzen Wege zu Bildungseinrichtungen, die gute Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz, die Versorgung mit Dingen des alltäglichen Lebens in der Nähe und vieles mehr. Kurzum: ein gutes Wohn- und Lebensumfeld, das wir mit dieser in unserem Leitantrag formulierten Offensive stärken wollen.

Gutes Wohnen

– mehr als eine Wohnung

Wohnungspolitik – wenn wir darüber sprechen, reden wir oft über Mieten, Bauen, Wohnraum, schaffen. Das ist wichtig. Doch für uns endet gute Wohnungspolitik nicht an der Haustür.

Damit sich Menschen daheim wohlfühlen, brauchen sie mehr als eine schöne Wohnung. Sie brauchen lebenswerte Städte mit tollen Spielplätzen für die Kinder, Verweilmöglichkeiten für Jugendliche und Freizeitangebote für Seniorinnen und Senioren gleich ums Eck.

Unsere Wohnungspolitik der Zukunft darf sich deshalb nicht nur auf die eigentliche Wohnraumversorgung beschränken, sondern muss das Wohn- und Lebensumfeld im Quartier mit berücksichtigen. Wir fordern deshalb in unserem Leittrag „Ein Neustart in der Wohnungspolitik“, ein Investitionsprogramm „familienfreundliche und lebenswerte Stadt“ zu entwickeln. Und das sind unsere Bausteine für ein lebenswertes Quartier:

Aus der Sicht der Jüngsten denken:

Wir müssen unsere Städte und Dörfer besonders aus Perspektive der Kinder planen. Das Prinzip „kurze Beine, kurze Wege“ muss der Leitfaden für die Stadtentwicklung sein – von der frühkindlichen Bildung bis zum Schulabschluss. Und wer weiß am besten, was Kinder und Jugendliche sich wünschen? Kinder und Jugendliche. Deshalb sollten sie bei der Entwicklung von Quartieren beteiligt werden.

Jugendliche brauchen Raum:

Zeit mit den Freundinnen und Freunden verbringen, draußen unterwegs sein, mal rauskommen aus dem Elternhaus – das ist Jugendlichen wichtig. Dafür brauchen sie Angebote. Uns geht es um Freiräume mit neuen Grün- und Freiflächen. Und klar, auch allwettertaugliche Verweilmöglichkeiten müssen sein – am besten mit Internetanschluss.



Alles in der Nähe für Familien:

Familienfreundlichkeit – das bedeutet in der Stadtplanung vor allem gute Infrastruktur. Wenn wir Familienzentren und Familienbüros als niederschwellige Angebote etablieren wollen, müssen sie auch gut erreichbar sein. Wir brauchen familienfreundliche Parkplätze und Radwege. Und auch eine gute Nah- und Gesundheitsversorgung oder ein schöner Treffpunkt wie ein Familiencafé gehören zu einem wunderbaren Quartier. Genau das wollen wir fördern.

Barrierefreiheit berücksichtigen:

Bei der Stadtplanung müssen wir besonders die Bedarfe von mobilitätsbeeinträchtigten Menschen und aller Menschen mit Behinderung berücksichtigen. Denn der Weg durch die Stadt sollte nicht durch ständige Barrieren geprägt sein. Wir wollen Barrierefreiheit weiter voranbringen.

Infrastruktur stärken:

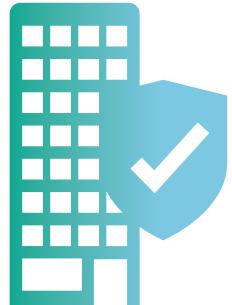
Stadt und Land. Großstadtviertel und Dorf. Unterschiedliche Regionen von NRW haben unterschiedliche Bedarfe. Darauf müssen wir eingehen. Klar ist: Eine gute Anbindung von A nach B sollte überall möglich sein. Dazu zählt eine gute öffentliche Verkehrsanbindung. Die können wir auch auf dem Land stärken, auch wenn dort natürlich das Auto das wichtigste Verkehrsmittel ist. Dazu wollen wir die Anschlussmobilität ländlicher Regionen stärken – durch flexible Anbindung der Dörfer an die Hauptverkehrsträger. Ebenso hilfreich auf dem Land sind Bedarfslinien wie Anruftaxi, Sammel-Taxis, Taxi-Busse oder Bürgerbusse.

Einen attraktiven ländlichen Raum schaffen:

Wohnen auf dem Land oder in der Stadt? Viele können sich einen Umzug aus der Großstadt in einen kleineren Ort vorstellen. Doch dieser sollte richtig lebenswert sein. Das fängt an beim flächendeckenden Gigabitanschluss. Ebenso treten wir für lebhafte und attraktive Dorfkerne ein. Die schaffen wir etwa mit multifunktionalen Dorfläden. So steigern wir die Lebensqualität. Auch bessere Rahmenbedingungen für Home-Office und Co-Working-Spaces können ein Argument für das Leben außerhalb der Ballungszentren sein.

DIE KERNFORDERUNGEN aus unserem Leitantrag auf einen Blick

- Bau von **100.000 neuen Wohnungen** pro Jahr, von denen 25.000 mietpreisgebunden sind
- Aufbau einer landeseigenen **Wohnungsbaugesellschaft**
- Unterstützung der Kommunen beim Bau von **mietpreisgebundenen Wohnungen**
- Ausweitung der **Mieterschutzregelungen** auf weitere Kommunen
- **Gewerbsmäßige Vermietung** von Wohnungen **begrenzen**
- **Umwandlungen** von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen **begrenzen**
- Investitionen in **familienfreundliche und lebenswerte Städte**



Versprochen – gebrochen!? Bilanz der schwarz-gelben Landesregierung

Was wurde versprochen?

CDU und FDP betonten in ihrem Koalitionsvertrag, wie wichtig öffentlich geförderter Wohnraum ist, um bezahlbaren Wohnraum in den Städten zu schaffen.

Was ist passiert?

In den vergangenen Jahren hat der soziale Wohnungsbau in NRW kontinuierlich abgenommen: Während 2016 unter der rot-grünen Landesregierung noch 7.872 öffentlich geförderte Wohnungen entstanden, waren es 2021 nur noch 5.239 neue Wohnungen.

Was wurde versprochen?

Keine Versprechen dazu. Dass von den Top 10-Städten, in denen Mieterinnen und Mieter mehr als 40 Prozent ihres Nettoeinkommens für die Miete aufbringen müssen, fünf in NRW liegen, scheint der Landesregierung egal zu sein.

Was ist passiert?

Nichts! Die Preise auf dem Wohnungsmarkt steigen und steigen. Die Reallohnentwicklung ist weit geringer, sodass die Menschen in NRW immer größere Teile ihres Einkommens für das Wohnen aufwenden müssen.

Was wurde versprochen?

Eine Weiterentwicklung des Wohnraumförderungsprogramms und die Anhebung des Anteils der Eigentumsförderung – nicht weniger hatte sich Schwarz-Gelb auf die Fahne geschrieben.

Was ist passiert?

Eigentumsförderung – eine Bilanz des Scheiterns: In ganz NRW gab es im Jahr 2021 gerade einmal 337 geförderte Eigentumsmaßnahmen.

Paritätsgesetz

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen besteht in dieser 17. Wahlperiode aus insgesamt 199 Abgeordneten. Gerade einmal 55 von ihnen sind Frauen. Wir wollten das ändern.

Unser Ziel ist es, durch ein Paritätsgesetz mehr politische Teilhabe von Frauen in das deutlich durch Männer dominierte Parlament zu ermöglichen. Gemeinsam mit der Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen haben wir einen entsprechenden Gesetzentwurf in das parlamentarische Verfahren eingebracht. Grundsätzlich sieht ein Paritätsgesetz vor, die Landeswahllisten abwechselnd mit einem Mann und einer Frau zu besetzen. Doch unser Gesetzentwurf hat leider keine Mehrheit bekommen. Insbesondere die FDP-Fraktion hält ein Paritätsgesetz für eine rückständige

Idee. Das ist natürlich Unsinn. Mit ihrer Blockadehaltung erkennen die regierungstragenden Fraktionen den eindeutigen Auftrag, den wir durch Artikel 3 Abs. 2 GG haben: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ Und der Staat verpflichtet sich dazu, Gleichberechtigung zu fördern und durchzusetzen. Das ist für uns ein eindeutiger Handlungsauftrag, den wir annehmen und umsetzen wollen.

In unserer Position bestärkt uns auch eine frühere Richterin am Bundesverfassungsgericht. Sie ist der Auffassung, dass ein Paritätsgesetz keinesfalls ein Rückschritt hin zu einem ständischen Wahlrecht sei, sondern vielmehr die Chancengleichheit fördere. Der häufig als Gegenargument angeführte Eingriff in die Wahlgleichheit und die Parteifreiheit sei gemäß Art. 3 Abs. 2 GG gerechtfertigt und verhältnismäßig. Das Gleich-

stellungsgebot im Grundgesetz ist eine Errungenschaft, die die Mütter des Grundgesetzes trotz vieler Widerstände hart erkämpft haben. Darauf bauen wir weiterhin.

Wir sind weiterhin fest davon überzeugt, dass wir ein Paritätsgesetz in NRW brauchen, um mehr Frauen die Chance auf ein politisches Mandat zu geben und damit die Repräsentanz von Frauen und Männern im Landtag von NRW auszugleichen.

„Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes in Nordrhein-Westfalen – Einführung einer paritätischen Aufstellung der Wahllisten mit Frauen und Männern“:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-7753.pdf>



Jungen Menschen eine Stimme geben

Allein in Deutschland gehen Hunderttausende junge Menschen bei Demonstrationen auf die Straße – die meisten von ihnen Schülerinnen und Schüler. Das zeigt: Sie haben ein großes Interesse an politischen Themen, sie wollen an den Prozessen unserer Demokratie beteiligt werden. Wir sind der Meinung: Mit einer Absenkung des Wahlalters können wir

der jüngeren Generation eine Stimme geben, das Wahlrecht ist der Schlüssel zur politischen Teilhabe.

Noch im Februar 2020 stimmte die FDP im Landtag gegen unseren Gesetzentwurf. Auf ihrem Bundesparteitag im September beschlossen die Liberalen dann, das Wahlalter herabzusetzen – der stellvertretende Ministerpräsident Dr. Joachim Stamp zeigte sich begeistert von der Initiative seiner Partei. Und macht sich damit unglaublich, denn: Im Oktober-

Plenum lehnte die FDP-Fraktion gemeinsam mit den Fraktionen von CDU und AfD unseren Antrag zur Absenkung des Wahlalters erneut ab. Nur leere Versprechen statt Wählen ab 16!

Unser Antrag „Das Wahlalter 16 bei Landtagswahlen muss jetzt kommen“:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-11173.pdf>

Klagen vor dem Verfassungsgerichtshof

In dieser Wahlperiode haben wir insgesamt drei Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof geführt – und Recht bekommen. Aber der Reihe nach:

Im Dezember 2019 haben wir gemeinsam mit der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Abschaffung der Stichwahlen bei kommunalen Bürgermeister- und Landratswahlen geklagt. Mit dem undemokratischen Akt hat vor allem die CDU-Fraktion ihre Macht in den Städten und Gemeinden sichern wollen. Wir haben uns gegen diese willkürliche Machtpolitik gestellt – und die Richterinnen und Richter in Münster haben uns zugestimmt. Ein Sieg für die Demokratie! Unsere Städte und Gemeinden sind die Basis der Politik. Nirgendwo sonst ist Politik so nah an den Menschen wie hier. Es darf keinen Zweifel an demokratischen Grundprinzipien geben. Die von den regierungstragenden



Faktionen beschlossene Abschaffung der Stichwahl ist nicht mit der Landesverfassung und den demokratischen Prinzipien des Mehrheitswahlrechts vereinbar gewesen. Vor allem vor dem Hintergrund der Zersplitterung der Parteienlandschaft müssen wir die Legitimation von Bürgermeister*innen und Landrat*innen sichern. Die Richterinnen und Richter haben in ihrem Urteil festhalten können, dass ein Wegfall der Stichwahl nicht zu einer Stärkung der demokratischen Legitimation führe. Gut so! Im Juli 2020 haben wir wiederum gemeinsam mit der Grünen-Fraktion im Landtag gegen den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „Stabstelle Umweltkriminalität / Hackerangriff“ (PUA II)

geklagt. Die Mehrheit des Ausschusses hat seinerzeit gegen sogenannte Beweisanträge gestimmt. Es ging in erster Linie um die Herausgabe von Telefonverbindungsdaten aus dem Justizministerium. Unsere Klage zielt darauf ab, dass die Ablehnung der Beweisanträge rechtswidrig ist – was der Verfassungsgerichtshof in Münster teilte.

Zuletzt haben wir – wieder gemeinsam mit der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen – gegen das Innen- und Justizministerium in NRW geklagt. Auslöser waren die unterlassene Zuleitung von Akten und die fehlende Zuleitung von unbearbeiteten Originalakten im Rahmen der Arbeit des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Kindesmissbrauch“ (PUA IV). Das Gericht stellte fest, dass die Minister einen Beweisbeschluss zur vollständigen Vorlage von Akten teilweise unzureichend umgesetzt und insoweit die sich aus der Landesverfassung ergebenden Rechte der Ausschussminderheit verletzt haben.

Für ein modernes und freiheitliches Versammlungsgesetz



Sven Wolf

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag NRW

Versammlungen zu verhindern – das schien das Ziel der Landesregierung mit ihrem Entwurf zum neuen Versammlungsgesetz für Nordrhein-Westfalen zu sein.

Versammlungen sollen schlecht sein? Nein, denn unsere Demokratie muss auch andere Meinungen aus-



halten. Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit gehören zu einer freien Gesellschaft oder wie der verstorbene Innenminister Herbert Schnoor einmal sagte, die Versammlungsfreiheit ist die Pressefreiheit des kleinen Mannes. Die Diskussion um landeseigene Regelungen prägte die innenpolitische Debatte über Monate, aber auch in der Öffentlichkeit schlug der Entwurf hohe Wellen.

Fraktionsübergreifend waren wir uns einig darin, dass eine eigenständige landesgesetzliche Regelung notwendig sei. Denn das in NRW geltende Versammlungsgesetz des Bundes war in vielen Bereichen überholt. Doch dass die Versammlungsfreiheit ein Grundrecht, ja – ein Freiheitsrecht ist, daran schieden sich offensichtlich die Geister.

Die Regierungsfraktionen hatten andere Pläne. Sie legten ein eigenes Gesetz vor. Im Kern ein ganz anderer Entwurf als unser Versammlungsfreiheitsgesetz, mit dem Ziel, Versammlungen zu verhindern und Verstöße dagegen als Straftat zu verfolgen. Um nur ein Beispiel aufzuzeigen: Wenn Menschen sich nicht rechtzeitig von einer untersagten Versammlung entfernen oder etwas falsch anmelden, soll das ein Straftatbestand sein. Warum in diesen – und weiteren Fällen – gleich das Strafrecht herangezogen werden soll? Das blieb uns ein Rätsel. Entsprechende Gesetze in anderen Bundesländern sehen hierfür lediglich Ordnungswidrigkeiten vor. Wir blieben also ebenso konsequent und stimmten mit „Nein“, während die Fraktionen von CDU und FDP das Gesetz verabschiedeten.

„Wir wollen die Straßenausbaubeiträge abschaffen“

Stefan Kämmerling war bei etlichen Menschen in NRW zu Gast, stand mit ihnen im Vorgarten oder an der Baustelle vor der Haustür. Dort hat ihnen unser kommunalpolitischer Sprecher zugehört bei einem Thema, das so viele Haushalte im Land belastet: Straßenausbaubeiträge!

Es geht um nicht weniger als Existenz, wenn plötzlich eine Zahlungsaufforderung im Briefkasten liegt. Die Straße vor der Tür soll neu gemacht werden. Da werden schnell vier- bis fünfstellige Beiträge fällig, die die Anlieger zahlen sollen. „Für viele Menschen ist das existenzbedrohend“, sagt Stefan Kämmerling. Für die junge Familie, die gerade das Haus gekauft hat. Oder die Seniorin im Bergmannshäuschen, die nur eine kleine Witwenrente bekommt. „Für uns ist klar: Wir wollen die Straßenausbaubeiträge abschaffen“, sagt Stefan Kämmerling.



40.000 Euro soll ein Anwohner für den Straßenausbau an einem Grundstück zahlen, auf dem nicht einmal ein Wohnhaus steht.

Bei einigen entspreche die Höhe der geforderten Beiträge keinesfalls dem Wert der Immobilie. „Ungerecht“, nennt Stefan Kämmerling das. „Doch das Straßenausbaubeitragsrecht in NRW kennt kein Pardon. Es berücksichtigt auch nicht die finanzielle Leistungsfähigkeit eines Haushalts.“ Stefan Kämmerling beobachtet die Entwicklung der Straßenausbaubeiträge mit Sorge. Schließlich sind die Tiefbaupreise in die Höhe geschnellt.

Seit 2015 sind die Kosten für Straßenausbau um 32 Prozent gestiegen. Besonders seit 2017 ziehen die Preise massiv an. Das spüren die Haushalte. Viele Menschen organisieren sich deshalb etwa in Bürgerinitiativen. „Ich bin beeindruckt vom landesweiten Protest“, sagt Stefan Kämmerling. Er kann den Ärger verstehen. Denn noch ein Kritikpunkt kommt hinzu: „Das Erhebungssystem ist unwirtschaftlich.“ Eine Menge Geld fließt in Verwaltungsaufgaben und nicht in den eigentlichen Bau. Für unseren kommunalpolitischen Sprecher Stefan Kämmerling bleibt nur eine Lösung: Die Straßenausbaubeiträge müssen weg! Dafür will er weiter kämpfen.

Zu unserem Gesetzentwurf:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-4115.pdf>

Untersuchungsausschuss „Hochwasser“: Aufarbeitung einer Katastrophe

Die Hochwasser-Katastrophe im Juli 2021 hat uns alle tief erschüttert. Alleine in Nordrhein-Westfalen sind 49 Menschen gestorben. Viele haben ihr Hab und Gut verloren. Sie standen plötzlich vor dem Nichts. Die Betroffenen stecken noch mitten im Wiederaufbau. Viele sind erschöpft und bräuchten endlich effektive Hilfen des Landes. Auch für uns sind die Ereignisse des vergangenen Julis nicht abgeschlossen.

Denn das Land, die Landesregierung und ihre Behörden haben die Bürgerinnen und Bürger

nicht schützen können. Warum das so ist, klärt auch auf unsere Initiative der Parlamentarische Untersuchungsausschuss V. Immer wieder freitags tagt der Ausschuss bis spät in den Abend, befragt Zeugen und sichtet etliche Seiten Material – obwohl die Landesregierung immer wieder mit Hinhaltetaktik die wichtige Arbeit aufhält. Unvollständige Aktenbestände, geschwärzte Unterlagen, kurzfristige Einladungen von Zeugen mit zum Teil nur drei Tagen für die Vorbereitung sind eine Missachtung dieser wichtigen Aufklärungsarbeit. Einiges zeichnet sich dennoch deutlich ab: Die Landesregierung hätte während der Hochwasserkatastrophe einen Krisenstab einrichten müssen. Ebenso hätte sie viel früher und umfassender warnen müssen, um das Schlimmste zu verhindern. Das



Eine so großflächige Hochwasser-Katastrophe hat es in NRW noch nie gegeben: In zwei Tagen fiel dreimal so viel Regen wie sonst in einem ganzen Durchschnitts-Juli.

hat sie nicht getan. Zu den Aussagen von Meteorologen im PUA V passt das nicht. Schließlich hatte sich abgezeichnet, was für ein verheerendes Unwetter auf NRW zukommt. Genutzt hat die Landesregierung diese Informationen nicht – leider.

Zu unserem Entschließungsantrag zum Zwischenbericht des PUAs:

<https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD17-16401.pdf>

**In dieser Legislaturperiode mussten wir von zwei lieben Fraktionskollegen,
Genossen und Freunden Abschied nehmen:
Guido van den Berg und Hubertus Kramer.
Ihr Verlust schmerzt uns zutiefst.**

Guido van den Berg

Im Alter von gerade einmal 44 Jahren verstarb Fraktionsmitglied Guido van den Berg am 2. Mai 2019. Als Mann voller Charakter, Aufrichtigkeit und Temperament vertrat er die Interessen seines Wahlkreises im Landtag von Nordrhein-Westfalen seit 2012. Er gilt zu Recht als einer der Wegbereiter des Strukturwandels im Rheinischen Revier. Kaum eine Fraktionssitzung, in der er seine Stimme nicht für die Menschen im Rhein-Erft-Kreis erhoben hat. Seine Positionen stießen in der öffentlichen Debatte nicht immer auf Gegenliebe. Das hat ihn jedoch nie davon abgehalten, mit großer Verantwortung und persönlicher Aufopferung das aus seiner Sicht Richtige für die Menschen in seiner Region zu tun. Für das Rheinische Revier engagierte er sich bereits seit 1996: Erst als Vorsitzender der Bedburger SPD, später als stellvertretender Kreisvorsitzender der Rhein-Erft-SPD und als deren Kreisvorsitzender. Seit 2010 war er Mitglied des SPD-Regionalvorstands Mittelrhein.

Wir verneigen uns vor diesem engagierten Streiter. Uns allen wird er immer in Erinnerung sein – als Fraktionskollege, als Freund, als Mensch. Aber auch als Ehemann und Vater von zwei Söhnen.



Hubertus Kramer

Lange kämpfte er mit einer schweren Krankheit, bevor Hubertus Kramer am 24. Januar 2022 im Alter von 62 Jahren verstarb. Gebürtig aus Lenhausen im Kreis Olpe, vertrat er seit 2005 Hagen und den Ennepe-Ruhr-Kreis im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Mit größtem Engagement setzte er sich für das Wohl seiner Heimat ein, denn er liebte die Vielfalt der Menschen, der Kultur, der Regionen und der Landschaften unseres Bundeslandes.

Es war ihm eine Herzensangelegenheit, sich für ein starkes linkes Spektrum in Deutschland zu engagieren: Während er sich zunächst der IG Druck und Papier angeschlossen hatte, trat er 1982 in die SPD ein. Die Grundwerte unserer Partei – Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität – waren für Hubertus ein unverrückbarer politischer Kompass, die Diskussion über Gerechtigkeitsfragen trieb ihn nicht nur im Rahmen seiner Arbeit im Landtag um. Für dieses Ziel stritt er auch in zahlreichen kommunalpolitischen Ämtern.

Mit Hubertus verlieren wir einen lieben Menschen und engagierten Fraktionskollegen. Er wird uns fehlen, wir werden sein Andenken in Ehren halten.



IMPRESSUM

Herausgeber

SPD-Fraktion im Landtag NRW
V.i.S.d.P. Sarah Philipp MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Verantwortlicher Redakteur

Andreas Hahn
Pressesprecher
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Bezugsadresse

SPD-Fraktion im Landtag NRW
Pressestelle, Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

oder unter

 SPD-Fraktion@landtag.nrw.de
 www.spd-fraktion-nrw.de
 twitter.com/spd_faktion_nw
 facebook.com/spdfaktionnnrw

Druckerei

oeding print GmbH
Erzberg 45, 38126 Braunschweig

Gestaltung

V-FORMATION – Agentur für
visuelle Kommunikation GmbH

Bildnachweise

Seite 2, 4, 5, 8, 9, 10, 12, 14, 15, 18, 19, 20, 22, 24, 25,
27, 28, 29, 30, 32, 33, 35, 40, 41, 42, 43 (SPD-Fraktion)

Seite 6, 16, 26, 34 (Getty Images)

Seite 42 (Adobe Stock)

Die weiteren Bilder wurden uns aus privatem
Bestand für den Abdruck in dieser Ausgabe
zur Verfügung gestellt.

Unser Druckdienstleister ist EMAS-umwelt-
zertifiziert, klimaneutral und druckt nach den
hohen Standards des Blauen Engel DE-UZ195.
Die Farben sind mineralölfrei, basieren auf
nachwachsenden Rohstoffen und sind vegan.



Gedruckt wird auf zertifizierten Papieren aus
nachhaltiger Waldwirtschaft mit 100 % Öko-
strom aus Deutschland.

Alle Rechte vorbehalten. Eine Vervielfältigung,
Speicherung und Nachdruck (auch aus-
zugsweise) der Texte und Bilder, auch für
innerbetrieblichen Gebrauch, ist nur mit
ausdrücklicher vorheriger Zustimmung der
SPD-Fraktion im Landtag NRW gestattet.

Diese Veröffentlichung der SPD-Fraktion im
Landtag NRW dient ausschließlich der Infor-
mation. Sie darf während eines Wahlkampfes
nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

Stand: März 2022